

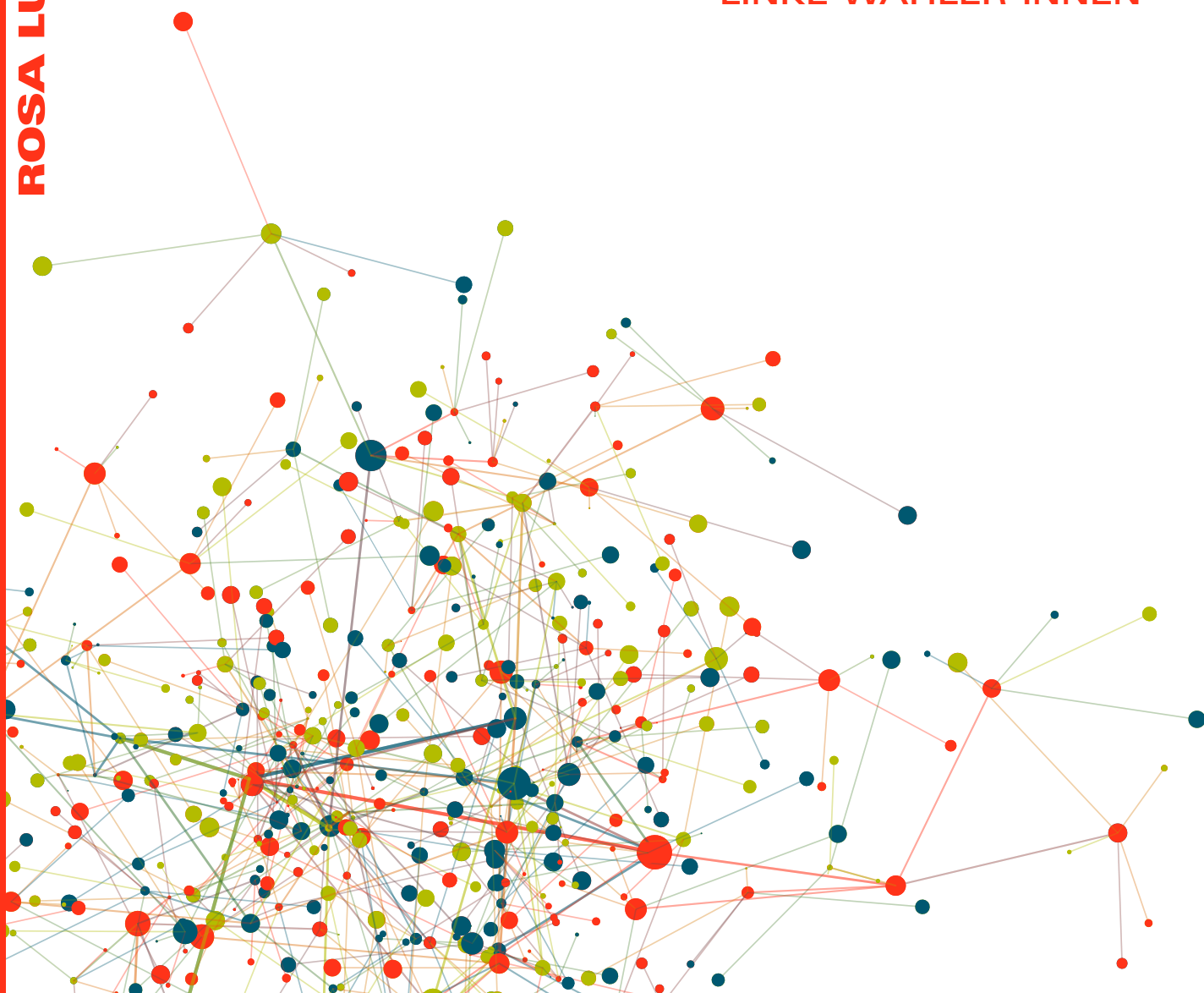
STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

CARSTEN BRABAND

LINKE TRIGGERPUNKTE

**GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HALTUNGEN
UND KLASSENLAGEN VON (POTENZIELLEN)
LINKE-WÄHLER*INNEN**



CARSTEN BRABAND

LINKE TRIGGERPUNKTE

**GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HALTUNGEN
UND KLASSENLAGEN VON (POTENZIELLEN)
LINKE-WÄHLER*INNEN**

CARSTEN BRABAND ist Sozialwissenschaftler mit dem Arbeitsschwerpunkt in der politiksoziologischen Wahl- und Einstellungsforschung.

IMPRESSUM

STUDIEN 3/2024

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Armin Kuhn

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Oktober 2024

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Redaktion: Ines Schwerdtner

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort.	5
Kurzzusammenfassung.	6
1 Einleitung	7
1.1 Daten und Methoden.	7
2 Die Klassenunterstützung der Linken im Zeitverlauf	9
2.1 Weniger Rückhalt der Linken in der Arbeiter*innenklasse seit 2009.	9
2.2 Unterstützung nach Einkommen und Bildung	10
3 Gesellschaftspolitische Haltungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken	12
3.1 Sozialpolitik	13
3.2 Migrations- und Integrationspolitik	13
3.2.1 Migration: Gegenüber wem besteht Aufnahmebereitschaft?	14
3.2.2 Integration: arbeitsmarktpolitisch und kulturell.	15
3.3 Klimapolitik	16
3.4 Außen- und Rüstungspolitik	18
3.4.1 Außenpolitik: Solidarität mit wem?	18
3.4.2 Rüstungspolitik: Sicherheit als beidseitiger Triggerpunkt	19
4 Fazit	21
Literatur	24

VORWORT

Die Partei Die Linke hat eine Reihe bitterer Niederlagen zu verkraften. Zuerst die Bundestagswahl 2021 mit 4,9 Prozent, wo sie nur dank dreier Direktmandate in den Bundestag einzog, dann die Europawahl, wo sie mit 2,7 Prozent ihre Stimmenzahl halbierte, und schließlich die Landtagswahlen im Osten mit einem desaströsen Ergebnis. Von ihrer einstigen Stärke gerade im Osten ist sie weit entfernt. Sie hat allen Grund, darüber nachzudenken, wie es zu diesen existenzbedrohenden Resultaten kam. Dringlich notwendig ist es, die Gründe dafür zu analysieren. Dies betrifft ihre Strategie ebenso wie die Anlage und Ausrichtung der Wahlkämpfe. Dieser Prozess ist durchaus auch im Gange. Verwiesen sei zum Beispiel auf die in der Zeitschrift *Luxemburg* der Rosa-Luxemburg-Stiftung publizierten Beiträge unter dem Titel «Wie weiter, Linke?». Dazu zählen insbesondere aber auch die Studien zu den Wähler*innen der Linken. Dies betreffen ihr Wähler*innen-Potenzial, aber besonders auch die Wähler:innen der Linken selbst und dabei die Frage, wer diese sind und wo sie sie gewonnen und wo sie verloren hat.

Dazu liegen eine Reihe von Studien vor. Besonders beachtet wurde die Studie von Mario Candeias mit dem Titel «Hat Die Linke «die Arbeiter» verloren? Nein, eigentlich nicht» (Candeias 2023). Darin wird – auf Grundlage einer Erhebung vom November 2023, vor Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) – das Potenzial der Linken auf 15 Prozent geschätzt. Die Linke sei jedoch nicht in der Lage, dies auszuschöpfen. Zugleich wird ausgeführt, dass ihr Kernpotenzial zu klein ist. Inzwischen dürfte dies weiter geschrumpft sein. Auch die Annahme, dass Die Linke «die Arbeiter» eigentlich nicht verloren habe, wurde kritisch betrachtet und stark in Zweifel gezogen. Insbesondere wurde die Annahme, dass es wenig Übereinstimmung in den Wähler*innen-Potenzialen der Partei Die Linke und des BSW gäbe, von der tatsächlichen Entwicklung widerlegt. Sowohl bei der Europawahl als auch bei den Landtagswahlen hat die Partei Die Linke enorm Stimmen an das BSW verloren.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der politischen Bedeutung ist es wichtig, sich genauer mit den Wähler*innen der Linken, ihrem Potenzial und ihrer Stellung in der Gesellschaft zu befassen. Bereits in seinem Artikel «Auf der Suche nach den Linken-Wähle-

r*innen» hat Carsten Braband (2024) auf der Grundlage von Umfragedaten dazu wichtige Erkenntnisse vermittelt. So wird festgestellt, dass das Wähler*innen-Potenzial der Linken seit der Abspaltung des BSW gesunken ist. Die Linke habe diejenigen Wähler*innen verloren, die sich in der Migrationsfrage nicht hinreichend politisch repräsentiert sahen, und die außenpolitische Vielstimmigkeit habe sich schädlich ausgewirkt. Festgestellt wird weiter, dass Die Linke nach 2023 vor allem unter Arbeiter*innen verloren hat. Daraus zieht er die Schlussfolgerung, dass Die Linke stärker an das Alltagsbewusstsein anknüpfen und dabei auch klassenpolitisch Profil zeigen, also die Arbeiter*innen ins Zentrum ihrer Politik stellen müsse.

In der neuen Studie geht Carsten Braband der Frage nach, wer könnte Die Linke wählen, und wenn ja, warum? Grundlage sind Datenbestände der Deutschen Wahlstudie (GLES). Es werden die gesellschaftspolitischen Haltungen von Linke-Sympathisant*innen untersucht. Die Themen Sozial-, Migrations- und Integrations-, Klima-, Außen- und Rüstungspolitik werden in ihrer Vielschichtigkeit beleuchtet. Festgestellt wird, dass nach einer überdurchschnittlichen Unterstützung bis 2013 der Wahlanteil für Die Linke unter den Produktions- ebenso wie unter den Dienstleistungsarbeitenden seitdem zurückgeht. Nach 2023 hat Die Linke vor allem in der Arbeiter*innenklasse verloren. Dagegen ist der Anteil bei der akademischen Mittelklasse stabil geblieben. Das linke Elektorat ist zunehmend akademisch geprägt. In der neuen Studie geht Braband genauer auf politische Gemeinsamkeiten und Spaltungen innerhalb des Wähler*innen-Potenzials der Linken ein und lotet auch die Chancen einer politischen Orientierung an klassenspezifischen Sichtweisen aus.

Carsten Braband bemüht sich in seiner Studie um eine differenzierte Betrachtung. Sie liefert wertvolle Hinweise für die Strategie und Ausrichtung der Linken. Eine derartige differenzierte Betrachtung ist für die politische Diskussion im Hinblick auf das Wähler*innen-Potenzial der Linken sehr hilfreich. Eine ernsthafte strategische Diskussion um die Zukunft der Linken muss diese Studie und die in ihr enthaltenen Hinweise einbeziehen.

Heinz Bierbaum, Vorstandsvorsitzender
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

KURZZUSAMMENFASSUNG

In dieser Studie wird erstens untersucht, welche Unterstützung die Partei Die Linke in unterschiedlichen Klassenlagen hat. Zweitens werden gesellschaftspolitische Haltungen potenzieller Wähler*innen der Linken entlang unterschiedlicher Parteipräferenzen in vier zentralen Politikfeldern analysiert: in der Sozial-, in der Migrations- und Integrations-, in der Klima- sowie in der Außen- und Rüstungspolitik. Anhand von einvernehmlichen und umstrittenen Haltungen werden dabei potenzielle Gewinn- und Verlustpositionen sowie elektorale Trade-offs (Zielkonflikte) identifiziert, mit denen die Partei Die Linke in wahlstrategischer Sicht konfrontiert ist. Datengrundlage sind jeweils unterschiedliche Umfragedaten der Deutschen Wahlstudie (GLES).

Die Partei Die Linke hat ihre starke Verankerung in der Arbeiter*innenklasse bzw. in den unteren Schichten schrittweise verloren. 2009 wurde sie noch überproportional von Produktions- und Dienstleistungsarbeitenden gewählt. Seit 2017 ist das aber nicht mehr der Fall. Insbesondere seit 2021 findet sie vermehrt Zuspruch bei Angehörigen der Mittelklasse, etwa bei soziokulturellen und technischen (Semi-)Expert*innen. Dazu gehören beispielsweise Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Krankenpfleger*innen, sowie Ingenieur*innen, Architekt*innen und Techniker*innen. Auch Einkommensärmere haben Die Linke nach 2009 seltener unterstützt. Spätestens seit der BSW-Abspaltung hat sich das Linke-Elektorat noch einmal stärker akademisiert.

Die potenziellen Wähler*innen der Linken vertreten – ähnlich wie die Gesamtgesellschaft (Mau et al. 2023) – in allen untersuchten Politikfeldern bei einigen Aspekten in großer Mehrheit ähnliche Ansichten. Konflikthaft und «triggernd» sind dagegen bestimmte Teilfragen. Daraus ergeben sich verschiedene *potenzielle Gewinnpositionen*

- in der Sozialpolitik allgemein,
- migrationspolitisch durch das Plädoyer für Fachkräftezuwanderung und für einen leichteren Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten,
- außenpolitisch durch die Bejahung stärkerer diplomatischer Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine.

Potenzielle Verlustpositionen, die der Partei Die Linke Stimmen aus ihrem Wähler*innen-Potenzial kosten könnten, sind dagegen das Eintreten

- für eine erleichterte Zuwanderung aus wirtschaftlicher Not,
- für generelle Abschiebestopps,
- für mit hohen individuellen finanziellen Lasten einhergehende klimapolitische Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz oder höhere (individuelle) CO₂-Preise,
- für (unilaterale) Abrüstungsbestrebungen.

Bei Haltungen, die bei potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke stark auseinandergehen, bestehen potenzielle elektorale Trade-offs. Diese stellen die Partei vor ein wahlstrategisches Dilemma: Wenn sie die Positionen einer Seite vertritt, gewinnt sie damit möglicherweise diese Wähler*innen. Zugleich spricht sie aber potenzielle Wähler*innen mit entgegengesetzten Positionen nicht an oder stößt sie sogar ab. Dadurch gibt sie diesen möglicherweise Gründe, Die Linke nicht zu wählen oder sich von ihr abzuwenden. Solche potenziellen Trade-offs bestehen

- bei der Frage weiterer Waffenlieferungen an die Ukraine,
- bei der Erleichterung von Fluchtmigration generell (weniger stark bei der von politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen),
- beim nachdrücklichen Eintreten für (bedingungslose) kulturelle Vielfalt,
- klimapolitisch insbesondere bei der Frage, inwiefern ein geringeres (kurzfristiges) Wirtschaftswachstum bei der Bekämpfung des Klimawandels in Kauf zu nehmen ist.

Für Wähler*innen bestimmter Parteien und – schwächer – auch aus unterschiedlichen Klassenlagen sprechen somit jeweils unterschiedliche Gründe gegen eine Wahlentscheidung für Die Linke. Das verweist auf Ursachen der Wahlniederlagen der Linken, aber auch auf Voraussetzungen dafür, in Wahlen wieder erfolgreicher zu werden.

1 EINLEITUNG

In den vergangenen zehn Jahren ist in der Bundesrepublik eine Reihe von gesellschaftlichen Themenfeldern auf die politische Agenda gerückt, die medial und parteipolitisch teils heftig umkämpft waren bzw. sind. Mit diesen haben sich die Prioritäten von Wähler*innen und damit die Bedingungen des Parteienwettbewerbs deutlich gewandelt. Nicht zuletzt anlässlich des Erfolgs rechtsradikaler Parteien bei Arbeiter*innen wurde in diesem Kontext auch vermehrt darüber diskutiert, ob und inwiefern linke Parteien ihre Verankerung in der Arbeiter*innenklasse verloren haben. In der Linken wiederum haben innerparteiliche Konflikte rund um verstärkt diskutierte Fragen der Migrations-, Klima- und Außenpolitik letztlich zur Abspaltung der Gruppe um Sahra Wagenknecht bzw. zur Gründung des BSW geführt.

Vor diesem Hintergrund untersucht diese Studie zum einen die Frage: Wie hat sich die Unterstützung der Linken in unterschiedlichen Klassen- und Einkommenslagen seit 2009 entwickelt? Zweitens widmet sie sich angesichts der «neuen» gesellschaftlichen Konflikte und der Abspaltung des BSW der Frage: Wie stehen potenzielle Linke-Wähler*innen unterschiedlicher Parteien und Klassenlagen zu den Politikfeldern der Sozial-, Migrations- und Integrations-, Klima- sowie Außen- und Rüstungspolitik?

Während die Beantwortung der ersten Frage den Charakter einer kleineren Forschungsnotiz hat, geht es in der zweiten um eine umfassendere empirische Kartierung der Haltungen derjenigen, die zum Wähler*innen-Potenzial der Linken gehören. Dazu beziehe ich mich zum einen insbesondere auf Aufbau und Befunde des Buchs «Triggerpunkte» (Mau et al. 2023). Zum anderen identifiziere ich vor dem Hintergrund der Positionen der Partei Die Linke sowie konsensualer und konflikthafter Haltungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken potenzielle Gewinn- und Verlustpositionen respektive «elektorale Trade-offs» (Häusermann 2020; Abou-Chadi et al. 2024), mit denen Die Linke in wahlstrategischer Sicht konfrontiert ist. Im Fazit findet sich neben einer Diskussion eine tabellarische Übersicht der Befunde.

1.1 DATEN UND METHODEN

Zentrale Datengrundlage der Studie sind verschiedene quantitative Umfragedatenbestände der Deutschen Wahlstudie (GLES).

Die Entwicklung der Klassenbasis der Linken von 2009 bis 2021 in Kapitel 2 wird auf der Grundlage von repräsentativen Wahlquerschnitten der Deutschen Wahlstudie (GLES 2020 u. 2023a) untersucht. Dazu werden die Vor- und Nachwahlquerschnitte gemeinsam ausgewertet. Zur Operationalisierung der Parteipräferenz für die Partei Die Linke wird dabei für die Vorwahlquerschnitte die Wahlabsicht, für die Nachwahlquerschnitte das berichtete tatsächliche Wahlver-

halten verwendet. Nichtwähler*innen wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Zur Operationalisierung der Klassenlage der Befragten wird hier das Klassenschema von Oesch (2006) verwendet. Es beruht auf den offen erfragten aktuellen beruflichen Tätigkeiten der Befragten sowie auf ihrer Auskunft über das Vorliegen eines (nicht-)abhängigen Beschäftigungsverhältnisses. Die Klassenvariable wird anhand dieser Informationen mit Hilfe eines Programms automatisiert generiert (Kaiser 2018).

Gewichtet werden die Daten nach sozialdemografischen Randverteilungen im Mikrozensus sowie dem jeweiligen tatsächlichen Wahlergebnis der jeweiligen Bundestagswahl. Insgesamt gehen somit in die Analyse nach Klassenlagen 2009 N = 429, 2013 N = 320, 2017 N = 357 und 2021 N = 421 Linke-Wähler*innen ein. Für die Analyse nach verfügbarem Haushaltseinkommen stehen für 2009 N = 300, 2013 N = 304, 2017 N = 328 und 2021 N = 404 Linke-Wähler*innen zur Verfügung.

Die Analysen in Kapitel 3 beruhen vorrangig auf dem Online-Panel der Deutschen Wahlstudie (GLES-Panel; GLES 2023b, 2024a u. 2024b). Die Wahlabsicht und die Mehrzahl der Items wurden nach der Europawahl im Juni 2024 erhoben. Die sehr große Fallzahl des Panels erlaubt, auch Untergruppen des Wähler*innen-Potenzials der Linken mit hinreichender statistischer Stärke zu analysieren. Die ungewichtete Fallzahl betrug im Juni 2024 insgesamt 7.639 Befragte, davon N = 1.185 potenzielle Wähler*innen der Linken (nach Wahlabsicht zum Erhebungszeitpunkt: 172 SPD-, 220 Grüne-, 227 Linke-, 234 BSW-, 56 Nicht-, 78 sonstige Wähler*innen sowie in den Einstellungsanalysen nicht separat ausgewiesene 80 Unions-, 21 FDP- und 97 AfD-Wähler*innen). Ergänzend werden einige Einstellungsfragen aus der Erhebung im Oktober 2023 (N = 1.055), sowie zwei Items aus den gemeinsam ausgewerteten Online-Erhebungen des GLES-Trackings (GLES 2024c u. 2024d) im März und Juni 2024 (N = 346) hinzugezogen.¹

Potenzielle Linke-Wähler*innen werden erfasst als Personen, die auf die Frage, was sie allgemein von der Partei Die Linke halten, diese auf einer Skala von -5 bis +5 mit einem Wert von +1 oder besser bewerten. Diese Operationalisierung ist nicht optimal, insbesondere weil für einen substanziellen Teil solcher Parteisympathisant*innen die tatsächliche Wahl derselben Partei nicht infrage kommt (van der Eijk/Marsh

¹ Durch fehlende Angaben zu einzelnen Einstellungsitems liegt die tatsächliche Analysefallzahl jeweils geringfügig unter den hier genannten Fallzahlen potenzieller Linke-Wähler*innen («available case analysis»). Die Kategorie der Nichtwähler*innen beinhaltet in allen Datensätzen auch die Antwortkategorie «weiß nicht». Von den 346 potenziellen Linke-Wähler*innen waren im GLES-Tracking zum Erhebungszeitpunkt 56 SPD-, 57 Grüne-, 75 Linke-, 44 BSW-, jeweils 18 sonstige und Nichtwähler*innen. Nicht separat ausgewiesen werden die 31 Wähler*innen der Union, die 13 der FDP und die 34 der AfD. Durch die geringere Fallzahl sind die Einstellungen für sonstige und Nichtwähler*innen nicht belastbar interpretierbar.

2007). Eine bessere Alternative liegt für Erhebungszeitpunkte nach der BSW-Abspaltung aber nicht vor. Ebenfalls mangels besserer Alternative wird die Klassenlage als selbst angegebene berufliche Stellung gemessen.

Dabei wird jedoch innerhalb der Angestellten differenziert. Die Kategorie «höhere Angestellte» umfasst Angestellte mit größerer Personalverantwortung, wissenschaftlicher Qualifikation, Vorarbeiter und Meister sowie Beamte im gehobenen und höheren Dienst; zur Kategorie «(an-)gelernte Angestellte» gehören alle anderen Angestellten sowie Beamte bis zum mittleren Dienst. Die Kategorie «Arbeiter*innen» umfasst (an-)gelernte Arbeiter*innen und Facharbeiter*innen. Die Wahlabsicht wurde jeweils über die übliche Sonntagsfrage im Juni 2024 ermittelt.

Die Onlinedaten sind für sich genommen keine repräsentative Stichprobe. Um möglichst belastbare Ergebnisse zu erhalten, wurde für das GLES-Panel mithilfe der Panelstruktur (wiederholte Befragungen gleicher

Personen) eine aufwendigere Gewichtung durchgeführt. Sie verwendet Wahlumfragewerte im Juni 2024 (dawum.de 2024), Verteilungen von sozialdemografischen Merkmalen im Mikrozensus sowie aus repräsentativen Umfragen bekannte Verteilungen von Einstellungen zu Zuwanderung, Umverteilung, politischem Interesse und politischem Anti-Elitismus im Jahr 2021 (GLES 2023a) als Randverteilung (für weitere Informationen vgl. Braband/Candeias 2024: 21). Die GLES-Tracking-Erhebungen wurden gegen Wahlumfragewerte und Verteilungen von sozialdemografischen Merkmalen im Mikrozensus gewichtet.² Aufgrund der großen Fallzahl des GLES-Panels bzw. der Aktualität der Daten bilden die verwendeten Datensätze daher die beste verfügbare Datengrundlage für diese Analyse. Auch wenn im Einzelfall trotz der Gewichtung Abweichungen von den tatsächlichen Werten bestehen könnten, dürften die Daten mindestens grobe Tendenzen der Haltungen und Präferenzen der jeweiligen Teilgruppen des Wähler*innen-Potenzials der Linken abbilden.

² Auf eine Gewichtung anhand von Einstellungen wurde für das GLES-Tracking verzichtet, weil die bestehenden Unterschiede zu anderen Datensätzen nur geringfügig sind.

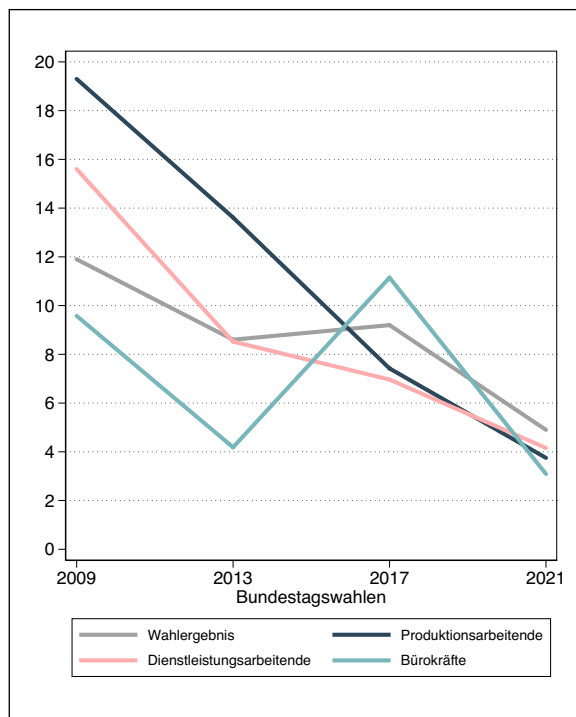
2 DIE KLASSENUNTERSTÜTZUNG DER LINKEN IM ZEITVERLAUF

2.1 WENIGER RÜCKHALT DER LINKEN IN DER ARBEITER*INNENKLASSE SEIT 2009

Die Entwicklung der Klassenbasis der Linken von 2009 bis 2021 wird im Folgenden auf der Grundlage von repräsentativen Wahlquerschnitten der Deutschen Wahlstudie (GLES 2020 u. 2023a) untersucht.³ Dabei greife ich auf das (Berufs-)Klassenschema von Daniel Oesch (2006) zurück.

Abbildung 1 zeigt die Unterstützung der Linken bei den Bundestagswahlen 2009 bis 2021 in unterschiedlichen Fraktionen der Arbeiter*innenklasse. Zur Arbeiter*innenklasse gehören nach Oesch (2006) alle Personen, die Berufen mit einer Qualifikationsanforderung von maximal einer Berufsausbildung nachgehen.

Abbildung 1: Wahlanteile der Linken in der Arbeiter*innenklasse (in %)

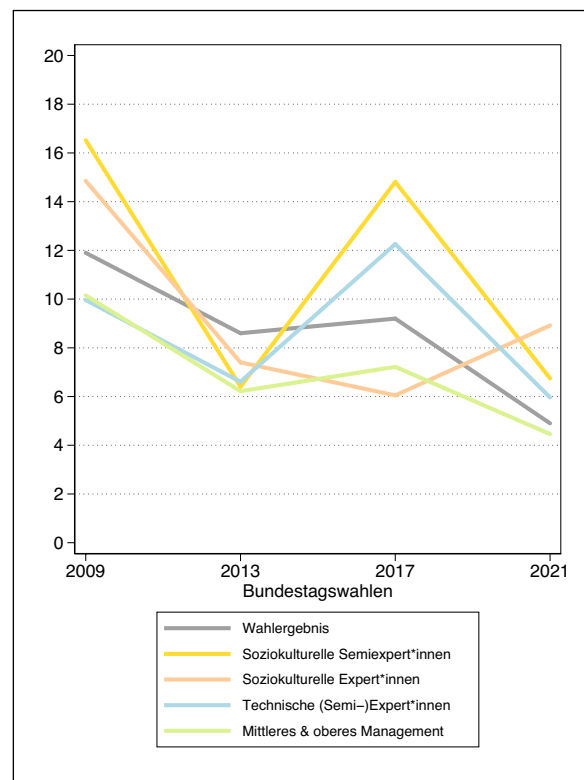


Daten: GLES Vor- und Nachwahlquerschnitte 2009–2017 u. 2021 (GLES 2020 u. 2023a). Ohne Nichtwähler*innen. Eigene Darstellung.

Produktionsarbeitende (z. B. Maschinenschlosserr*innen, Handwerker*innen) haben Die Linke 2009 und 2013 im Vergleich zum Wahlergebnis deutlich überdurchschnittlich gewählt. 2017 und 2021 dagegen schnitt Die Linke unter ihnen nur noch durchschnittlich bis leicht unterdurchschnittlich ab.⁴ Unter Dienstleistungsarbeitenden (z. B. Einzelhandelskaufleuten, Busfahrer*innen, Altenpfleger*innen) sieht es ähnlich aus, wobei die dort Beschäftigten nur 2009 Die Linke in überdurchschnittlichem Maße wählten. 2017 schnitt

Die Linke bei ihnen tendenziell unterdurchschnittlich ab. 2021 unterschied sich das Ergebnis in dieser Gruppe nicht nennenswert vom niedrigen Gesamtergebnis. Unter Bürokräften blieb Die Linke mit Ausnahme von 2017 bei allen Wahlen hinter ihrem Gesamtergebnis zurück.

Abbildung 2: Wahlanteil der Linken in der Mittelklasse (in %)



Daten: GLES Vor- und Nachwahlquerschnitte 2009–2017 u. 2021 (GLES 2020 u. 2023a). Ohne Nichtwähler*innen. Eigene Darstellung.

Abbildung 2 zeigt die Unterstützung der Linken in verschiedenen höheren (Mittel-)Klassenlagen, also in akademischen oder halbakademischen Berufen bzw. solchen, die eine umfassendere Ausbildung erfordern. Interessanterweise trug 2009 die starke Unterstützung unter soziokulturellen Expert*innen (z. B. Lehrer*innen, Ärzt*innen, Journalist*innen) und Semiexpert*innen (z. B. Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Krankenpfleger*innen) tendenziell zum guten Abschneiden der Linken bei. 2013 brach die Unterstützung der Linken in diesen beiden Klassenlagen deutlich ein. Soziokulturelle Expert*innen wählten die Partei auch 2017 noch

³ Da die Daten als repräsentative Zufallsstichproben rund um die Wahltermine zu den Bundestagswahlen erhoben und reichhaltige Informationen enthalten, handelt es sich bei ihnen um die am besten zur Beantwortung dieser Fragestellung geeigneten verfügbaren wissenschaftlichen Forschungsdaten. ⁴ Der Wert weicht statistisch nicht signifikant vom Wahlergebnis ab.

tendenziell unterdurchschnittlich. 2021 dagegen konnte sie ausschließlich in dieser Klassenlage Zugewinne verbuchen. Soziokulturelle Semiexpert*innen wählten Die Linke 2017 und – trotz Verlusten – auch 2021 noch deutlich überdurchschnittlich oft. Technische (Semi-)Expert*innen (z. B. Techniker*innen, Ingenieur*innen) haben seit 2017 Die Linke überdurchschnittlich unterstützt. Beschäftigte in mittleren und oberen Managementberufen (Buchhalter*innen, Verkäufer*innen) wählten Die Linke insbesondere 2013 und 2017 unterdurchschnittlich stark. 2021 näherte sich der Linke-Wahlanteil in dieser Klassenlage dem Gesamtergebnis an.

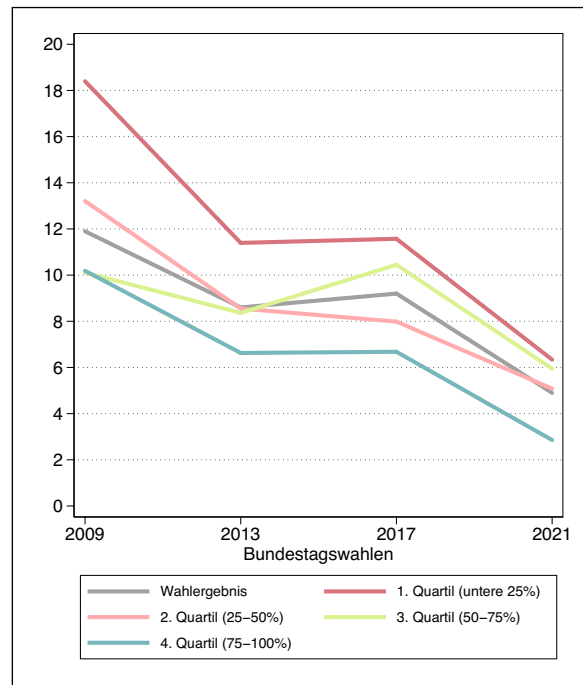
Die beiden wichtigsten Teile der Arbeiter*innenklasse, die Produktions- und Dienstleistungsarbeitenden, haben also 2009 noch in substantiellem Maße Die Linke gewählt, weshalb man für diesen Zeitpunkt von einer Verankerung in der Arbeiter*innenklasse sprechen kann. Danach ging ihr Zuspruch für Die Linke bei den Bundestagswahlen bis 2021 stetig zurück. Die Stabilisierung des Wahlergebnisses 2017 bei 9,2 Prozent überdeckte den schwindenden Rückhalt in der Arbeiter*innenklasse lediglich. Grund hierfür waren zwischenzeitliche Zugewinne insbesondere in Mittelklassenlagen, das heißt bei den technischen (Semi-)Expert*innen und soziokulturellen Semiexpert*innen, sowie den Bürokräften. 2021 dagegen hat Die Linke in Mittelklassenlagen, insbesondere unter soziokulturellen und technischen (Semi-)Expert*innen, besser abgeschnitten als in den Kernsegmenten der Arbeiter*innenklasse.⁵

Aus vorherigen Untersuchungen ist bekannt, dass die sinkenden Umfragewerte und Wahlergebnisse der Linken nach 2022 und besonders nach der BSW-Abspaltung auf Verluste in der Arbeiter*innenklasse und in halbakademischen Berufen zurückzuführen sind (Braband 2024). Dem gingen ein zwischenzeitliches relatives Hoch unter Arbeiter*innen sowie leichte Verluste in der akademischen Mittelklasse voraus, vermutlich bedingt durch den Ukrainekrieg, die Krise der Lebenshaltungskosten und die geringere Salienz, also Wichtigkeit der Migrations- und Integrationspolitik (ebd.). Mit den danach wieder zu konstatierenden Verlusten bei den Arbeiter*innen verschärft sich ein langjähriger Trend seit 2009 noch einmal.

Insgesamt ist das Linke-Elektorat durch diese Verluste mehr denn je akademisch geprägt, 2024 zwar auf niedrigem Niveau und weiterhin nicht mehrheitlich, aber überdurchschnittlich.

2.2 UNTERSTÜTZUNG NACH EINKOMMEN UND BILDUNG

Abbildung 3: Wahlanteile der Linken nach verfügbarem Haushaltseinkommen



Daten: GLES Vor- und Nachwahlquerschnitte 2009–2017 & 2021 (GLES 2020 u. 2023a). Ohne Nichtwähler*innen. Eigene Darstellung.

Abbildung 3 zeigt, wie sich die Unterstützung der Linken entlang der verfügbaren Haushaltseinkommen entwickelt hat.⁶ Im unteren Quartil, also den unteren 25 Prozent der Haushaltseinkommen, erzielte Die Linke 2009 deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Auch nach 2009 waren die Anteile der Linken im ärmsten Viertel der Bevölkerung noch überdurchschnittlich hoch, allerdings weniger deutlich als zuvor. 2021 wählten hier noch gut sechs Prozent Die Linke (Wahlergebnis: 4,9%). Im zweiten Quartil (25–50%) finden sich im Zeitverlauf keine klaren Unterschiede gegenüber dem Gesamtergebnis. Im dritten Quartil der etwas Besserverdienenden schnitt Die Linke 2009 noch tendenziell unterdurchschnittlich ab. Ab 2017 und relativ betrachtet noch deutlicher 2021 wurde Die Linke von ihnen leicht überdurchschnittlich gewählt. Es findet sich ein leichter «Mittelklassehügel», bedingt vermutlich durch die relativ zunehmende Unterstützung in der akademischen Mittelklasse, in der im Durchschnitt auch höhere Gehälter erzielt werden (Waitkus 2023). Im oberen Quartil schließlich lag die

⁵ Diese langfristigen Entwicklungen decken sich auch mit der Entwicklung der Linken-Wahlanteile unter denjenigen, die sich in Nachwahlbefragungen selbst als «Arbeiter*innen» bezeichneten. ⁶ Um die Werte über die Zeit vergleichbar zu machen, werden die Befragten in vier gleich große Gruppen anhand ihrer Einkommenshöhe (Quartile) eingeteilt. Außerdem wurde eine Bedarfsgewichtung des Haushaltseinkommens anhand der Haushaltsgröße und -zusammensetzung entsprechend der sogenannten neuen OECD-Skala vorgenommen.

Unterstützung der Linken 2009 bemerkenswerterweise nur leicht unter dem Gesamtergebnis. In den folgenden Jahren wurde diese Lücke relativ zum Wahlergebnis betrachtet aber größer und 2021 recht substantiell. Während insgesamt direkt nach der Parteigründung noch eine deutliche Mehrheit der Linken-Wähler*innen niedrigere Einkommen bezog, ist der deutlichste Zusammenhang 2021 der, dass die reichsten 25 Prozent Die Linke deutlich seltener wählen.

Nachwahlbefragungen zeigen analog zur Klassenbasis eine noch stärkere Verschiebung der Unterstützung der Linken entlang von Bildungsabschlüssen.

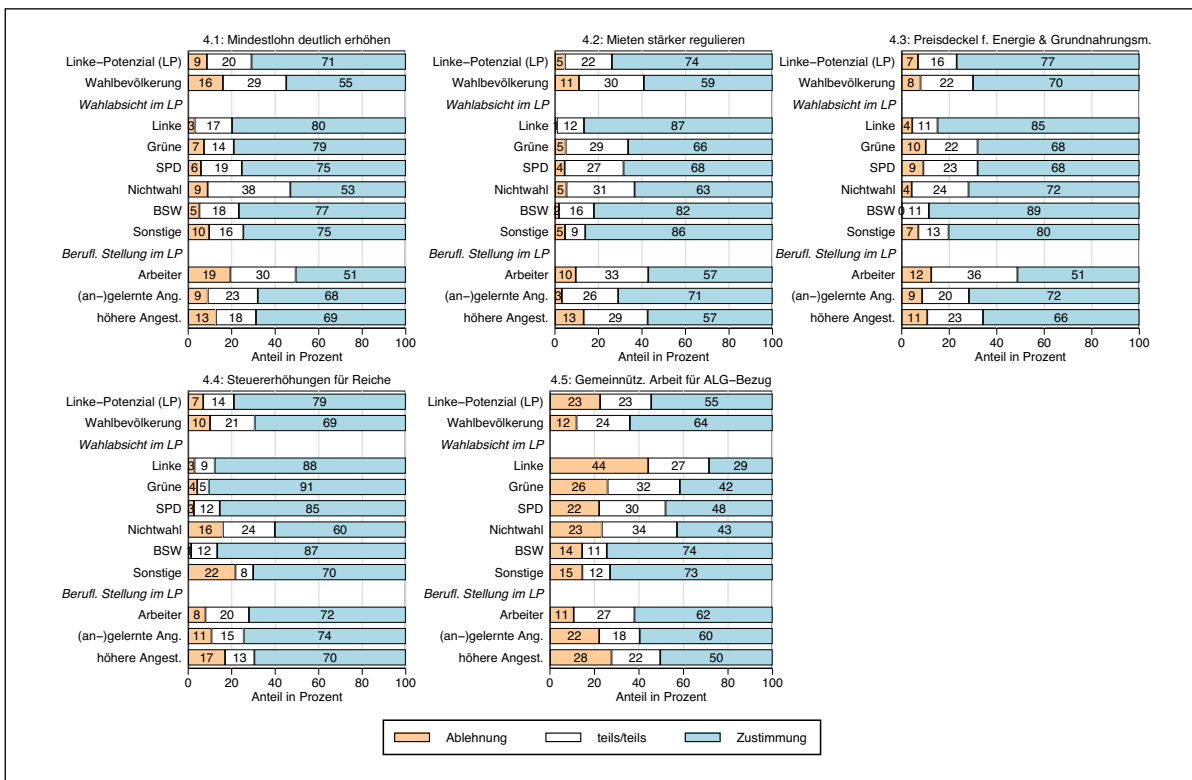
2009 wählten noch 11 Prozent derjenigen mit Hauptschulabschluss, 14 Prozent derjenigen mit mittlerer Reife, 11 Prozent mit Hochschulreife bzw. 10 Prozent mit Hochschulabschluss Die Linke. 2021 wählten Personen mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife Die Linke (leicht) unterdurchschnittlich oft (2 bzw. 4%). Diejenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss neigten ihr mit je 6 Prozent dagegen leicht überdurchschnittlich zu (Forschungsgruppe Wahlen 2021). Unter Gewerkschaftsmitgliedern kam Die Linke bei der Europawahl 2024 auf nurmehr drei Prozent (Gesamtergebnis: 2,7%; DGB 2024).

3 GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HALTUNGEN IM WÄHLER*INNEN-POTENZIAL DER LINKEN

Im Folgenden wird untersucht, wo Konsens und wo Konflikte in den Haltungen zu den ausgewählten Politikfeldern im Wähler*innen-Potenzial der Linken bestehen und wie diese sich nach aktueller Parteipräferenz und Klassenlage unterscheiden. Auch werden normative Erwartungen, Denkmuster und Beweggründe herausgearbeitet, auf denen die Haltungen jeweils beruhen. Diese Herangehensweise orientiert sich insbesondere an dem Buch «Triggerpunkte» der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023). Anhand dessen werden die jeweiligen Positionen wahlstrategisch ausgewertet (Häusermann 2020; Abou-Chadi et al. 2024). Dem liegt eine einfache Einsicht zugrunde: Wähler*innen wählen eine Partei umso eher, je stärker ihre eigenen politischen Haltungen mit den Positionen einer Partei übereinstimmen. Das ist nicht das einzige Kriterium für Wahlentscheidungen, aber ein zentrales.⁷

Wenn die potenziellen Wähler*innen der Linken in ihrer großen Mehrheit mit einer Position der Linken übereinstimmen, wird diese als *potenzielle Gewinnposition* identifiziert. Steht sie in ihrer großen Mehrheit konträr zu dieser, ist von einer *potenziellen Verlustposition* die Rede – es ist zu erwarten, dass viele darin einen Grund sehen, die Partei nicht zu wählen.⁸ Vertreten die potenziellen Wähler*innen der Linken generell oder entlang von Partei- bzw. Klassenlinien gegenteilige Positionen, ist die Partei wahlstrategisch potenziell mit *elektoralen Trade-offs* konfrontiert. Diese sind aus Parteisicht ein wahlstrategisches Dilemma: Je stärker sie die Position der einen Gruppe vertritt, desto eher ist mit deren Stimmen zu rechnen, während gleichzeitig die Gruppe mit der gegenteiligen Haltung aus Entfremdung oder aus Indifferenz gegenüber den Positionen weniger dazu neigen wird, Die Linke zu wählen (ebd.).

Abbildung 4: Sozialpolitische Einstellungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken



Daten: GLES-Panel, Oktober 2023 & Juni 2024 (GLES 2023b, 2024a u. b). Eigene Darstellung.

⁷ Weitere Faktoren wären etwa die individuelle Wichtigkeit bzw. Salienz von Themen sowie wahrgenommene Parteikompetenzen, Gruppenzugehörigkeitsgefühle, Kandidat*inneneffekte, die Einigkeit von Parteien oder auch taktische Erwägungen. ⁸ Die Politikwissenschaftlerin Silja Häusermann (2020) spricht von «winning» und «losing strategies», wobei sie mit Strategien die umfassende programmatische Verortung einer Partei in einem zweidimensionalen politischen Raum meint. Weil in dieser Studie kleinteiliger Positionen evaluiert werden, spreche ich stattdessen von Gewinn- und Verlustpositionen.

3.1 SOZIALPOLITIK

Im Bereich der Sozialpolitik im umfassenden Sinne findet zunächst die Forderung, dass «der Mindestlohn in Deutschland [...] deutlich angehoben werden» sollte, wenig überraschend recht große Unterstützung im Wähler*innen-Potenzial der Linken (Abb. 4.1). Unabhängig von der aktuell gewählten Partei stimmen potenzielle Linke-Wähler*innen einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns im Mittel eher zu. Lediglich unter aktuellen Nichtwähler*innen ist die Zustimmung etwas weniger ausgeprägt. Mietpolitisch findet die Forderung, dass «der Staat [...] die Mietpreise stärker regulieren» sollte (Abb. 4.2), unter für Die Linke offenen Wähler*innen in allen Parteianhängerschaften deutliche Zustimmung – besonders unter tatsächlichen Linken- und aktuellen BSW-Wähler*innen. Staatliche Preisobergrenzen für Energie und Grundnahrungsmittel werden auch mehrheitlich unterstützt (Abb. 4.3). Hier fällt die Unterstützung bei aktuellen SPD- sowie Grünen-Wähler*innen allerdings etwas geringer aus.

Geht es um die Umverteilung von oben nach unten, wird der Forderung «Reiche Bürger sollten mehr Steuern zahlen als bisher» (Abb. 4.4) prinzipiell stark zugestimmt. Während dies im Wähler*innen-Potenzial der Linken für alle aktuellen Wähler*innen der im Bundestag vertretenen Parteien gilt (Linke, Grüne, SPD, BSW), stimmen aktuelle Nicht- und sonstige Wähler*innen Reichen- oder Millionärssteuern bemerkenswerterweise nur etwas eher zu. Grund dafür könnten in diesen Wähler*innengruppen verbreitete politische Ohnmachts- und Resignationsgefühle sein, gepaart mit dem geringen Glauben daran, dass die Politik tatsächlich Zugriff auf das «große Geld» haben könnte.⁹ Die Minderheit der weniger Umverteilungsaffinen hier könnten auch stärker ungleichheitslegitimierenden Meritokratie- bzw. Leistungsglauben anhängen (Heuer et al. 2020). Womöglich wären sie aber durch gruppen- bzw. klassenbezogene Ansprachen zu erreichen (siehe Fazit).

Obwohl die genannten lohn-, mieten-, preis- und umverteilungspolitischen Forderungen im Großen und Ganzen große Zustimmung auch in der Gesamtbevölkerung genießen, ist die politische Linke hier in der Defensive. Allgemeiner Hemmschuh in dieser Frage ist für Die Linke die vergleichsweise große Konkurrenz mit der SPD, den Grünen und nun auch dem BSW. Im Besonderen dürfte die SPD mit der Erhöhung des Mindestlohns in der aktuellen Legislaturperiode zumindest im Hinblick auf Mindestloohnerhöhungen von Wähler*innen als kompetent angesehen und damit eher gewählt werden.¹⁰

Der Soziologe Klaus Dörre hat in diesem Zusammenhang von der «demobilisierten Klassengesellschaft» gesprochen (Dörre 2019): Gewerkschaften haben ungleich geringere Machtressourcen als noch in der westdeutschen Nachkriegszeit, die Macht von Vermögenden und Konzernen hat zugenommen. Gleichzeitig sind den Menschen in Arbeiter*innen- und prekären¹¹ Klassenlagen mit der Neoliberalisierung und der

teilweisen Abwendung der Sozialdemokratie auch im Parteiensystem «wirksame politische und organisationale Einflussmöglichkeiten für Systemkorrekturen» verloren gegangen (Mau et al. 2023: 112), was unter anderem mit politischer Ohnmacht und Demobilisierung einhergeht. Das fördert Haltungen der Konkurrenz und des «Nach-unten-Tretens» gerade auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse. Verteilungskonflikte werden dann verstärkt als «Nullsummenspiele» gedeutet: Wenn kollektive Verbesserungen ausbleiben – ein größeres Stück vom Kuchen oder ein größerer Kuchen für alle – oder unrealistisch erscheinen, werden (sozial-)staatliche Zuwendungen für die einen als auf Kosten der anderen gehend wahrgenommen (Damhuis/Westheuser 2024).

Auch potenzielle Linke-Wähler*innen vertreten mehrheitlich die Ansicht, dass «Arbeitslose [...] gemeinnützige Arbeit verrichten [sollten], um weiterhin staatliche Unterstützung zu erhalten» (Abb. 4.5). Mit Ausnahme von aktuellen Linken-Wähler*innen befürworten aktuelle Wähler*innen anderer Parteien mehrheitlich einen solchen Arbeitszwang, besonders die Sonstigen und die BSW-Wähler*innen. Während Forderungen anderer sozialpolitischer Verbesserungen mit kleineren Abweichungen (s. o.) große Zustimmung genießen, ist das ein Hinweis darauf, dass beispielsweise das Eintreten für universell und substanzial höhere Bürgergeldsätze weniger populär ist. Eine solche Forderung lässt sich hier mangels entsprechender Daten nicht abschließend beurteilen, könnte aber für sich genommen zumindest einen elektoralen Trade-off darstellen.

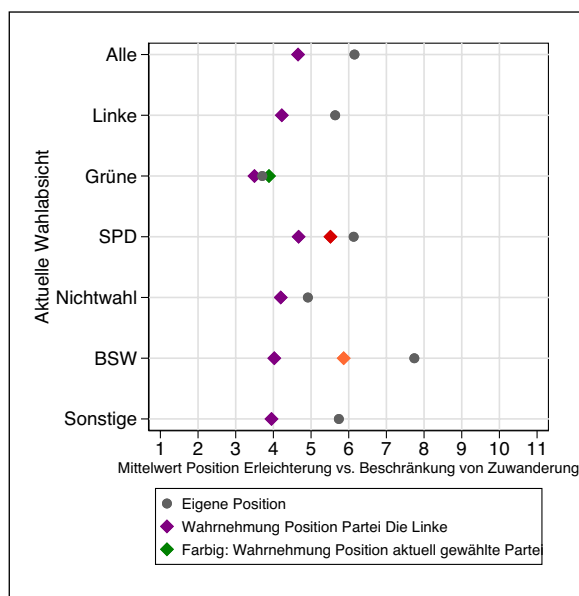
3.2 MIGRATIONS- UND INTEGRATIONS-POLITIK

Gesellschaftlich wie in der Partei Die Linke war der Themenkomplex Migration und Integration in den vergangenen Jahren heftig umkämpft. Dabei haben der omnipräsente Anti-Migrations-Diskurs und entsprechende Politiken seitens der Ampelregierung mittlerweile auch die Meinungslandschaft verändert: Zuletzt gaben deutlich weniger Menschen in Deutschland an, für eine Erleichterung von Zuwanderung zu sein (September 2021: 38 %, Juni 2024: 18 %).¹² Die Partei Die Linke hat hier eigentlich stets progressivere Positionen vertreten

⁹ Qualitative Sozialforscher*innen haben bereits darauf hingewiesen, dass unter Bedingungen politischer Ohnmacht und dem fehlenden Glauben an Veränderung «bestimmte normative Erwartungen [...] gar nicht mehr formuliert [werden], weil ihre Einlösung illusorisch erscheint» (Menz/Nies 2019: 179). ¹⁰ Dafür sprechen auch über diese Studie hinausgehende eigene Analysen: Potenzielle Linke-Wähler*innen, die aktuell SPD wählen, bewerten die SPD relativ besser als Die Linke, je stärker sie die Mindestloohnerhöhung befürworten. Sie sind also für Die Linke weniger «elektoral verfügbar» (Lichteblau/Wagner 2019). Für die Mietpreisregulierung findet sich ein solcher Zusammenhang dagegen nicht. ¹¹ Prekarität bezeichnet nach Klaus Dörre (2021: 270) «unsichere, instabile Arbeits-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse», wobei prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Speziellen durch eine niedrige Entlohnung, zeitliche Befristung, geringe Anerkennung und eine generelle Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis geprägt sind (ebd.: 270 f.). Prekarität konstituiert somit ein Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnis, das relativ unabhängig von der Berufsklassenzugehörigkeit besteht: Auch wenn Prekarität vor allem in den unteren Etagen der Gesellschaft anzutreffen ist, bilden prekär Beschäftigte auch Fraktionen innerhalb der Arbeiter*innen- respektive der Mittelklasse. ¹² Eigene Berechnungen auf Grundlage des GLES-Panels.

als ihre Wähler*innen. Mit dem erneuten Aufkommen des Themas seit 2023 und der BSW-Abspaltung haben verstärkt diejenigen Wähler*innen der Linken den Rücken gekehrt, die sich von ihr migrationspolitisch nicht vertreten fühlen (Braband 2024).

Abbildung 5: Wähler*innen-Potenzial der Linken: eigene und wahrgenommene Parteipositionen zur Zuwanderungspolitik



Daten: GLES-Tracking März & Juni 2024 (GLES 2024c u. 2024d).
 1: Zuwanderung erleichtern, 11: Zuwanderung einschränken.
 Eigene Darstellung.

Abbildung 5 zeigt, wie Sympathisant*innen der Linken unter den Wähler*innen unterschiedlicher Parteien sich selbst ganz allgemein beim Thema Zuwanderung verorten und wie sie die Position der Linken zur gleichen Frage einschätzen sowie die der Partei, die sie zurzeit wählen würden. Was für Wähler*innen aller Parteien gilt (ebd.), zeigt sich auch für potenzielle Linke-Wähler*innen: Abgesehen von aktuellen Grünen-Wähler*innen nimmt das gesamte Wähler*innen-Potenzial der Linken die Partei Die Linke zuwanderungspolitisch als freizügiger wahr als sich selbst und meint, dass Die Linke generell eher für eine Erleichterung der Zuwanderung nach Deutschland eintritt. Durch die jeweilige Distanz, die bei BSW-Wähler*innen am größten ist, dürfte Die Linke damit aktuellen Wähler*innen von SPD und Sonstigen sowie Nichtwähler*innen – und natürlich von BSW – Anlass geben, Die Linke am Ende tatsächlich nicht zu wählen.

3.2.1 Migration: Gegenüber wem besteht Aufnahmebereitschaft?

Die allgemeine Frage zum Thema Zuwanderung bildet die Vielschichtigkeit der Haltungen in diesem Politikfeld nur unvollständig ab. Gegen jedwede Migration ist nur eine substantielle Minderheit der Gesellschaft. Die Mehrheit unterscheidet bei der Beurteilung, wer auf-

genommen werden soll, stark nach sogenannten Verdienstkriterien wie Bedürftigkeit, ethnischer und kultureller Nähe sowie individueller Leistung bzw. gesellschaftlichen Beiträgen (Mau et al. 2023; van Oorschot 2006).

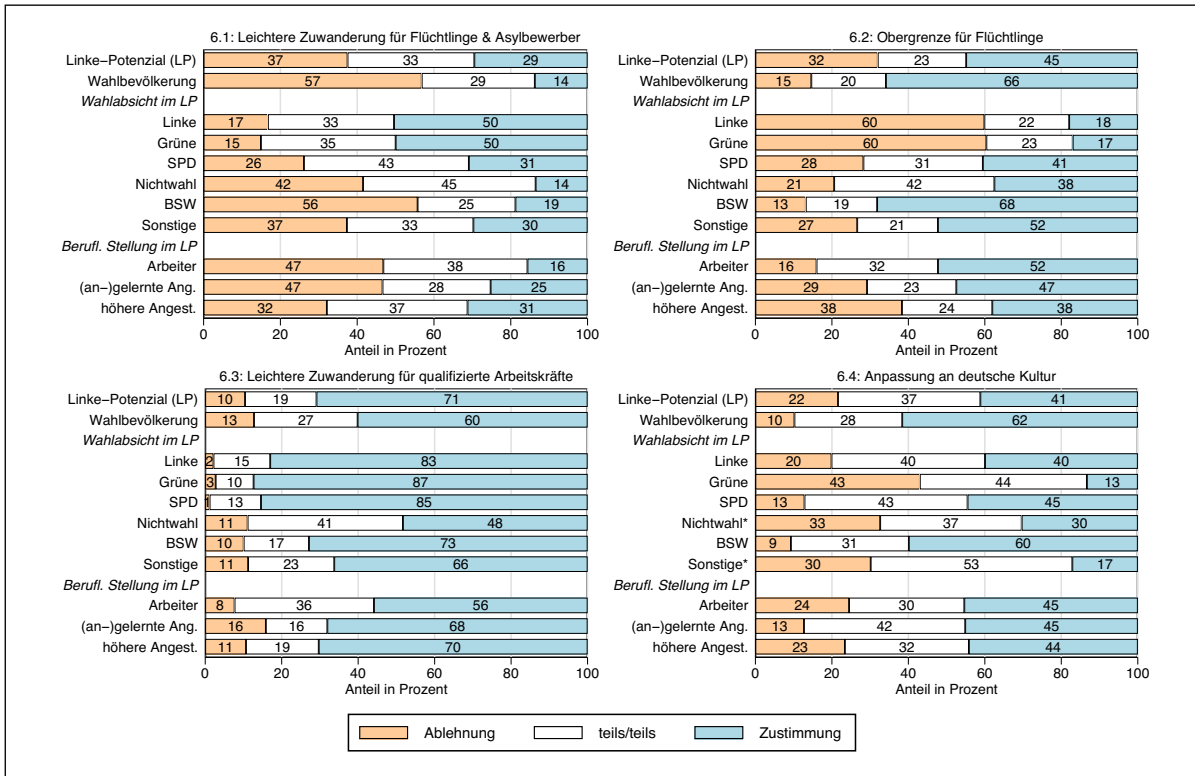
Zunächst berichten die «Triggerpunkte»-Autoren von enormen Vorbehalten gegenüber der Aufnahme von «Flüchtlingen, die wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen»: Lediglich 8 Prozent der Gesamtbevölkerung befürworteten im Jahr 2016 ihren uneingeschränkten Zuzug (Mau et al. 2023: 134). Der übergroße Teil der SPD-, Linken-, Grünen- und anderer Wähler*innen steht dieser Forderung ebenfalls skeptisch bis ablehnend gegenüber.¹³ Auch befürworten in einer aktuellen Umfrage Wähler*innen aller Parteien außer der Linken mehrheitlich «konsequente Abschiebungen» von «Ausreisepflichtigen» (Wurthmann 2024). Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit oder umfassenden Abschiebestopps dürften sich also potenziell nachteilig für die Partei Die Linke auswirken und als mögliche Verlustpositionen Wähler*innenstimmen kosten. Dass diese und andere migrationspolitischen Positionen zurzeit tatsächlich ausschlaggebende Gründe gegen Die Linke sind, liegt angesichts der Abwendung von migrationspolitisch Konservativen seit 2023 (Braband 2024) und der hohen Priorisierung des Migrationsthemas durch Wähler*innen nahe. Im September 2024 sahen 48 Prozent der Bevölkerung Zuwanderung und Flucht als eines der zwei wichtigsten politischen Probleme in Deutschland an (Statista 2024a) – einer Studie zufolge sind das besonders diejenigen Wähler*innen, die eine restriktivere Migrationspolitik befürworten (Kustov 2023).

Hinsichtlich der Erleichterung der «Zuwanderung für Flüchtlinge und Asylbewerber» ohne genauere Angabe des Fluchtgrunds (Abb. 6.1) sind Linke-Sympathisant*innen geteilter Meinung. Dass der Rest der Bevölkerung dies mehrheitlich ablehnt, spricht dafür, dass die Position der Linken zu Fluchtmigration ein potenziell wichtiger Faktor dafür ist, ob für Wähler*innen die Partei Die Linke generell infrage kommt oder nicht.

Die tatsächlichen Linke-Wähler*innen und die der Linken zugeneigten Grünen-Wähler*innen stimmen einer Erleichterung der Zuwanderung für Flüchtlinge und Asylbewerber*innen in relativer Mehrheit zu, wobei jeweils die Hälfte unentschieden ist bzw. Vorbehalte hat. Während unter aktuellen SPD-, sonstigen und Nichtwähler*innen zumindest gewisse Vorbehalte

¹³ Insgesamt 8 Prozent der Bevölkerung befürworteten 2016 den «uneingeschränkten Zuzug» aus «wirtschaftlicher Not» (9% der SPD-, 13% der Linken, 13% der Grünen-, 3% der Sonstigen und 4% der Nichtwähler*innen). Die Begrenzung des Zuzugs dieser Gruppe befürworteten insgesamt 58 Prozent der Bevölkerung (62% der SPD-, 66% der Linken-, 65% der Grünen-, 66% der Sonstigen und 54% der Nichtwähler*innen). Dass der Zuzug «völlig unterbunden» werden sollte, forderten insgesamt 35 Prozent der Bevölkerung (29% der SPD-, 21% der Linken-, 21% der Grünen-, 31% der Sonstigen und 42% der Nichtwähler*innen). Die Zahlen nach Parteipräferenz entstammen einer eigenen Auswertung der von Mau et al. (2023) verwendeten Erhebung des ALLBUS aus dem Jahr 2016 (Gesis 2017) hinsichtlich der Haltung zum Zuzug von «Flüchtlingen, die wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen».

Abbildung 6: Migrations- und integrationspolitische Einstellungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken



Daten: Abb. 6.1–6.3: GLES-Panel, Juni 2024 (GLES 2024b); Abb. 6.4: GLES-Tracking März & Juni 2024. *= zu geringe Fallzahl in Subgruppe (N = 18) für belastbare Auswertungen. Eigene Darstellung.

noch etwas größer sind, sprechen sich insbesondere BSW-Wähler*innen mehrheitlich gegen den erleichterten Zuzug von Geflüchteten aus. Auch besteht eine Klassenspezifität: Unter höheren Angestellten wird die Erleichterung von Fluchtmigration eher befürwortet bzw. weniger abgelehnt als unter Arbeiter*innen.

Die Befürwortung einer *generellen* Erleichterung von Fluchtmigration ist damit für Die Linke ein leicht ins Negative neigender elektoraler Trade-off, worauf auch die unter umgekehrten Vorzeichen identischen Muster bei der Frage nach einer Obergrenze für Flüchtlinge hinweisen (Abb. 6.2). Diesen Haltungen liegen qualitativer Forschung zufolge unter weniger gut Gestellten Gefühle der Übervorteilung seitens der Politik sowie fehlender Beiträge von Migrant*innen zugrunde: «Die kriegen alles, wir kriegen nichts» (Damhuis 2020). Verteilungskonflikte werden wie oben bereits erwähnt als «Nullsummenspiele» gedeutet. Eingefordert werden Prioritätensetzungen entsprechend der Position in der Schlange der Anspruchsberechtigten (Damhuis/Westheuser 2024).

Hinter diesen Vorurteilen (Schmidt 2021) und exklusiven Solidaritätsvorstellungen (Dörre 2019) steht nicht unbedingt die Forderung nach umfassender Abschottung und kultureller oder gar ethnischer Homogenität. So befürworteten 2016 gesamtgesellschaftlich mehr Befragte den «uneingeschränkten Zuzug» dezidiert Kriegsflüchtlinge und «politisch Verfolg-

ter» (41 und 42%) als den von «Asylsuchenden» (23%) generell (Mau et al. 2023: 134). Die Verteidigung des Grundrechts auf Asyl im Konkreten etwa dürfte diesen Trade-off somit vermindern. Bemerkenswerterweise wird von den potenziellen Wähler*innen der Linken auch die erleichterte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte mehrheitlich quer durch die meisten Parteilager begrüßt (Abb. 6.3) – wenn auch weniger stark unter aktuellen BSW- und Nichtwähler*innen sowie Arbeiter*innen.

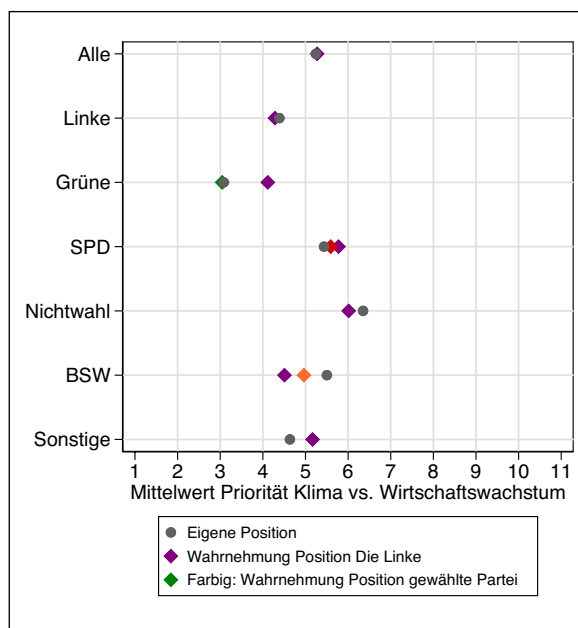
3.2.2 Integration: arbeitsmarktpolitisch und kulturell

Integrationspolitisch besteht eine «bedingte Inklusionsbereitschaft», die insbesondere von wahrgenommenen individuellen Integrationsbemühungen abhängig ist (Mau et al. 2023). Generell befürwortet die deutsche Bevölkerung aber nahezu einhellig, die Aufnahme einer Arbeit für Flüchtlinge zu erleichtern (92% Zustimmung, 6% Ablehnung), wie das «Politbarometer» im November 2023 berichtete (Forschungsgruppe Wahlen 2023). In der Regel sehen Arbeiter*innen Integration als Pflicht und erwarten die Verrichtung produktiver Arbeit oder zumindest Beiträge zum Gemeinwohl. Integrationspolitisch sehen es einer qualitativen Studie zufolge aber auch einige als Recht an, eine Beschäftigung aufnehmen zu dürfen und dafür öffentliche Unterstützung zu erhalten (Wagner 2022).

Gleichwohl erwarten viele potenzielle Linke-Wähler*innen zugleich eine gewisse «kulturelle» Integrationsbereitschaft (siehe Abb. 6.4 inkl. Erläuterung). Der Frage, ob Migrant*innen verpflichtet werden sollten, sich «kulturell anzupassen», stimmen aktuelle SPD-Wähler*innen etwas und besonders aktuelle BSW-Wähler*innen eher zu. Auch unter tatsächlichen Linke-Wähler*innen stimmen immerhin 40 Prozent dem zu; ebenso viele sind unentschieden. Lediglich unter aktuellen Grünen-Wähler*innen gibt es mit 20 Prozent recht wenig Zustimmung zu diesem Anpassungsdruck. Menschen in Deutschland sehen Migration durchaus auch als «kulturelle Bereicherung» (63%), aber wohl vor allem unter der Voraussetzung einer gewissen «kulturellen» Integration, etwa durch Spracherwerb (Mau et al. 2023).

3.3 KLIMAPOLITIK

Abbildung 7: Wähler*innen-Potenzial der Linken: eigene und wahrgenommene Parteipositionen zur Klimapolitik



Daten: GLES-Tracking März & Juni 2024 (GLES 2024c u. 2024d). 1: Priorität Klimawandelbekämpfung, 11: Priorität Wirtschaftswachstum. Eigene Darstellung.

Abbildung 7 zeigt die individuellen Ansichten potenzieller Linke-Wähler*innen zu der standardmäßig erhobenen Frage, «ob die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet», oder ob «das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert». Außerdem gibt sie Auskunft, wo potenzielle Linke-Wähler*innen die Partei Die Linke in dieser Frage sehen. Das Wähler*innen-Potenzial der Linken generell sowie die für Die Linke offenen Sonstigen, Nicht- und SPD-Wähler*innen verorten die Partei

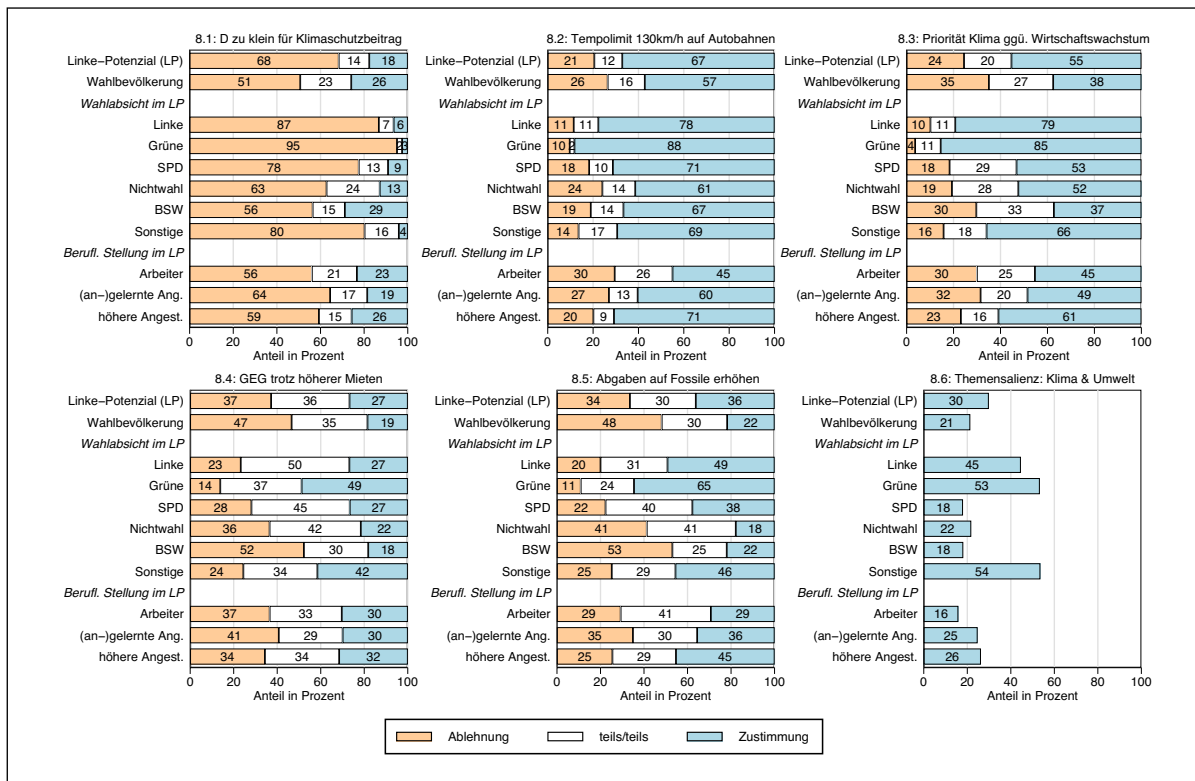
Die Linke ähnlich wie sich selbst in dieser Frage recht zentristisch. Dabei sehen sie keine relevante inhaltliche Distanz zur Linken. Grünen-Wähler*innen, die potenziell auch Die Linke wählen würden, meinen, Die Linke kümmere sich tendenziell etwas mehr um die Bekämpfung des Klimawandels als um das Wirtschaftswachstum, aber etwas weniger entschieden als sie selbst und die Grünen als Partei. In der Wahrnehmung von für Die Linke offenen BSW-Wähler*innen priorisiert die Partei Die Linke etwas stärker als sie die Bekämpfung des Klimawandels. Im Gegensatz zur Wahrnehmung der migrationspolitischen Positionen der Linken scheint die Klimapolitik für Die Linke aber kein Feld zu sein, wo potenzielle Wähler*innen sie systematisch als progressiver verorten – wie Die Linke wahrgenommen wird, ist vielmehr inkohärent und unterscheidet sich nach Parteianhängerschaft.

Prinzipiell scheint auch unter potenziellen Linke-Wähler*innen die Einsicht in die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen gegen die Klimaerhitzung in Deutschland recht verbreitet zu sein (Abb. 8.1): Die Aussage, dass Deutschland zu klein sei, um einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten, wird von aktuellen Wähler*innen fast aller hier betrachteten Parteien ganz oder eher abgelehnt. Nur mit der Linken sympathisierende BSW-Wähler*innen sind diesem Vergeblichkeitsargument gegenüber weniger entschieden. Das deckt sich mit Befunden, denen zufolge eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung weiß, dass es die Klimaerhitzung gibt, mindestens zu einem gewissen Grad besorgt ist und meint, dass etwas gegen sie unternommen werden muss (Mau et al. 2023: 211 ff.).

Maßgeblicher Streitpunkt in der Bevölkerung ist vielmehr, «wie, wo und bei wem die Transformation ansetzen soll» (ebd.). Divergierende Ansichten gibt es über das Tempo der Transformation und darüber, wie sehr die Transformation in Lebensweisen, in die persönliche Autonomie sowie in den eigenen Geldbeutel eingreifen darf (ebd.; ähnlich: Eversberg et al. 2024). Gerade für Menschen in prekären Schichten gilt: «Man kann nur begrenzt, will aber vor allem (nicht müssen)» (Mau et al., 2023: 243). Nahe liegt, dass es bei Verboten darauf ankommt, wen sie treffen und wie sehr in wessen Lebensstile eingegriffen wird. Wie auch aus anderen einschlägigen Befragungen bekannt (Candeias 2022), wird etwa die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen im Wähler*innen-Potenzial der Linken parteiübergreifend zumindest eher befürwortet (Abb. 8.2).

Mehr Uneinigkeit im Wähler*innen-Potenzial der Linken zeigt sich zwischen den Anhänger*innen der verschiedenen Parteien bei der Inkaufnahme von gesamtwirtschaftlichen Einschränkungen. Diese lassen sich anhand der zuvor in Abbildung 7 gezeigten eher zentristischen Haltungen potenzieller Linke-Wähler*innen einordnen, nur leicht der Bekämpfung des Klimawandels gegenüber dem (kurzfristigen) Wirtschaftswachstum Vorrang geben zu wollen. Sie sprechen dafür, dass die Inkaufnahme kollektiver Wohlstandseinbußen einen potenziellen elektoralen Trade-off darstellt. Das be-

Abbildung 8: Klimapolitische Einstellungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken



Daten: GLES-Panel, Oktober 2023 u. Juni 2024 (GLES 2024a, 2024b u. 2024e), Eigene Darstellung.

stättigt sich auch bei einer detaillierteren Auswertung wie in Abbildung 8.3.

Hinsichtlich der individuellen Lastenverteilung wurde anlässlich der Debatte um das «Heizungsgesetz» etwa die Frage gestellt, ob trotz steigender Wohnungsmieten für Gebäude mehr Klimaschutz durchgesetzt werden sollte (Abb. 8.4). Während hier aktuelle Grünen-Wähler*innen noch am ehesten leicht zustimmen, sind aktuelle Linke- sowie SPD-Wähler*innen stärker unentschieden. Insbesondere BSW-Wähler*innen lehnen mit individuellen finanziellen Belastungen einhergehende Klimaschutzmaßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) rundherum ab. Insgesamt ist im Wähler*innen-Potenzial der Linken die Ablehnung etwas höher als die Zustimmung und die Unentschiedenheit gegenüber solchen individuellen finanziellen Belastungen recht hoch. Insofern erscheint die Inkaufnahme von als möglicherweise ungerecht wahrgenommenen individuelle Lasten als potenzielle Verlustposition.

Am stärksten gehen die Ansichten darüber auseinander, ob die Abgaben auf fossile Energieträger erhöht werden sollten (Abb. 8.5) – also bei höheren CO₂-Preisen. Besonders aktuelle Grünen-Wähler*innen befürworten eine Erhöhung solcher Abgaben in deutlicher Mehrheit. Unter dem Motto «Ökologie zuerst» (Goes 2024) sind ihnen finanzielle Lasten weniger wichtig. Unter aktuellen Linke-, SPD- und sonstigen Wähler*innen ist der Anteil der Befürworter*innen schon geringer, während aktuelle Nicht- und BSW-Wähler*in-

nen in deutlicher Mehrheit zumindest etwas skeptisch oder ablehnend sind. Dass Preissteigerungen enormen politischen Konfliktstoff bergen, haben auch einige heftige Proteste der vergangenen Jahre gezeigt, etwa der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich 2018 und 2019 oder die Bauernproteste hierzulande. Wenn diese individuellen Lasten als besonders stark oder ungerecht erscheinen, könnte auch eine solche Forderung nicht nur ein potenzieller elektoraler Trade-off, sondern auch eine potenzielle Verlustposition sein.

Auch gibt es hier eine gewisse Klassenspezifität: Arbeiter*innen und (an-)gelernte Angestellte sind gegenüber höheren CO₂-Preisen etwas skeptischer als höhere Angestellte. Das deckt sich mit der Analyse von Mau et al. (2023): Sobald die Bekämpfung des Klimawandels die Frage der Lastenverteilung berührt, verbindet sich die ökologische Frage mit ihr zu einer umfassenden Ungleichheits-, Gerechtigkeits- und Klassenfrage. Die Frage der Transformationskosten ist ihnen zufolge «das zentrale Thema, dass sich durch alle Klimadiskussionen zieht» (ebd.: 242). Vergleichsweise weniger präsent in den Diskussionen ist dagegen, wer für die Klimaerhitzung besonders verantwortlich ist oder unter den Klimafolgewirkungen besonders zu leiden hat (ebd.).

Schließlich finden sich beachtliche Unterschiede in der Salienz, also der Betrachtung der Themen Klima und Umwelt als eins der zwei wichtigsten politischen Probleme (Abb. 8.6): Während unter Linke-, Grünen- und sonstigen Wähler*innen im Potenzial der Lin-

ken mit rund 50 Prozent jede zweite Person das Thema Klima und Umwelt von sich aus als eines der beiden wichtigsten politischen Probleme nennt, sind es unter den Wähler*innen anderer Parteien nur 20 Prozent, also nurmehr jede fünfte Person.¹⁴ Das lässt vermuten, dass Klimapolitik für viele Wähler*innen anderer Parteien kein Thema ist, mit dem sie für eine Partei überzeugt werden können. Möglicherweise könnten sie aber durch die Befürchtung zusätzlicher individueller Lasten von allzu ambitionierter Klimapolitik abgestoßen werden.

3.4 AUSSEN- UND RÜSTUNGSPOLITIK

Wie stehen potenzielle Linke-Wähler*innen unterschiedlicher Parteipräferenzen und Klassenlagen zu den derzeitigen außen- und rüstungspolitischen Konfliktlagen?

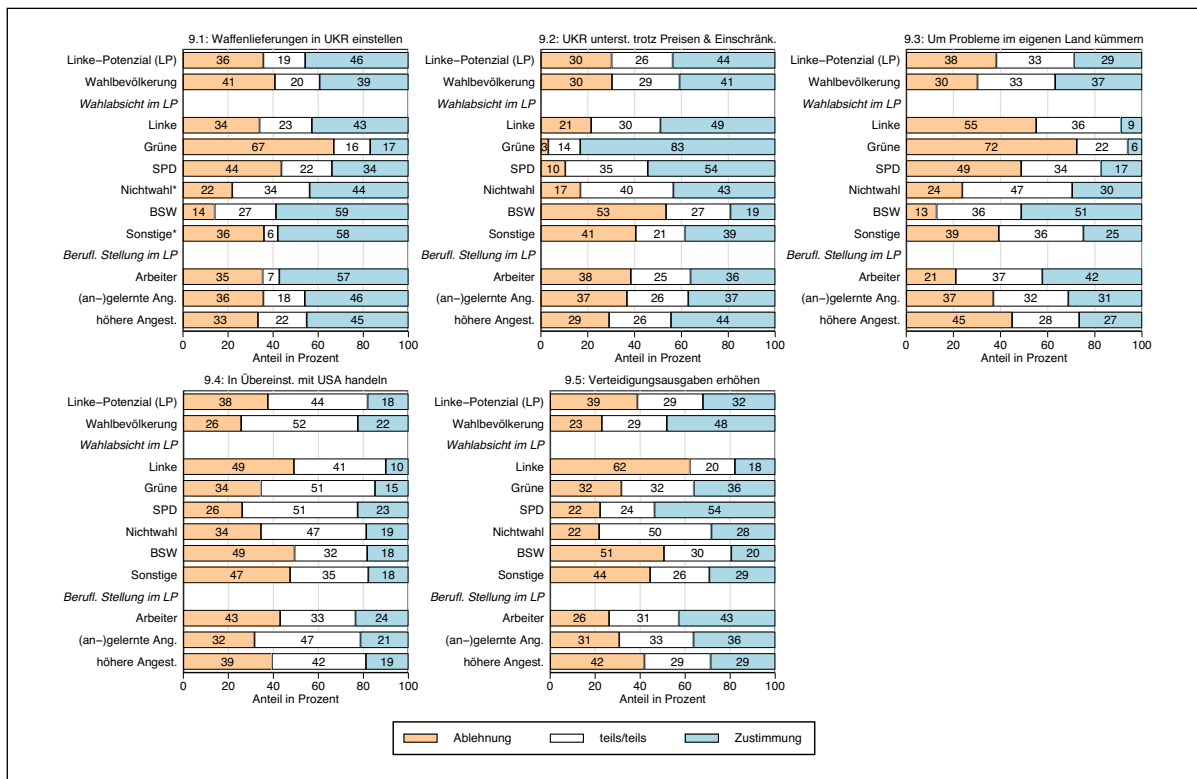
3.4.1 Außenpolitik: Solidarität mit wem?

Bei der Frage, ob Deutschland «die Waffenlieferungen in die Ukraine komplett einstellen» sollte, ist das Wähler*innen-Potenzial der Linken gespalten: Etwas weniger als die Hälfte lehnt weitere Waffenlieferungen ab, die anderen befürworten sie oder haben dazu eine ambivalente Haltung bzw. Vorbehalte gegenüber dem Einstellen von Waffenlieferungen (Abb. 9.1). Da

rin unterscheidet es sich nur etwas von der Gesamtbevölkerung – das heißt, der Konflikt um die Frage der Waffenlieferungen findet sich bei potenziellen Wähler*innen der Linken fast ebenso stark wie bei der Gesamtbevölkerung. Unter für Die Linke offenen Grünen-Wähler*innen ist nur eine kleine Minderheit für die Einstellung von Waffenlieferungen. Unter SPD-Wähler*innen sind es hier immerhin ein Drittel, unter aktuellen Linke-Wähler*innen 43 Prozent. Die Positionen der Partei Die Linke dürften insbesondere für Grünen- und SPD-Wähler*innen mehrheitlich Gründe sein, Die Linke nicht zu wählen. BSW-Wähler*innen im Wähler*innen-Potenzial der Linken sprechen sich dagegen eher gegen weitere Waffenlieferungen aus.

In einer aktuellen Umfrage, die ohne Bezugnahme auf Waffenlieferungen nach der weiteren «Unterstützung» der Ukraine fragt, gruppierten sich die Parteianhängerschaften im Juni 2024 in jene, die eine weitere «Unterstützung» (etwas) eher befürworten (Grüne, SPD, Linke, Union), und jene (BSW und AfD), die eher gegen eine weitere Unterstützung sind (Gross et al. 2024). Unter Linken- sowie aktuellen SPD- und Nichtwähler*innen sowie Sonstigen scheint für einen substanziellen Teil hier aber die Frage der individuellen Lasten dieser Unterstützung eine stärkere Rolle zu spielen. Gefragt, ob für diese Ukraine-Unterstützung

Abbildung 9: Außen- und rüstungspolitische Einstellungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken



Daten: Abb. 9.1: GLES-Tracking März u. Juni 2024.
 * = zu geringe Fallzahl in Subgruppe (N = 18) für belastbare Auswertungen. Abb. 9.2–9.5: GLES-Panel, Juni 2024 (GLES 2024b), Eigene Darstellung.

¹⁴ Der Anteil zeigt an, wer klima- oder umweltbezogene Themen als offene Textantworten auf die Fragen gegeben hat, was die zwei wichtigsten politischen Probleme im Land seien. Hierfür wurde ein vom GLES-Team bereitgestellter Datensatz verwendet, indem diese Textantworten im Oktober 2023 mit einem Large Language Model automatisiert Kategorien zugewiesen wurden (GLES 2024e).

auch individuelle Lasten in Kauf genommen werden sollten (Abb. 9.2) – gibt es unter ihnen größere Vorbehalte. Dennoch stimmt die Hälfte der SPD- und Linke-Wähler*innen erhöhten Lasten grundsätzlich zu. Unter aktuellen Grünen-Wähler*innen werden diese Haltungen – zugespitzt zum Motto «Ukraine first» – mit etwa 80 Prozent breit geteilt.

Dass finanzielle Lasten bei außenpolitischen Haltungen eine Rolle spielen, zeigen auch schon vorliegende Studien. So sehen Menschen kriegerische Auseinandersetzungen ihrer Nationalstaaten kritischer, wenn sie sich deren «militärischen» und «ökonomischen Kosten» stärker bewusst sind (Gleditsch et al. 2019) bzw. durch erhöhte Steuerlasten stärker für ihre Finanzierung aufkommen müssen (Kriner et al. 2018; Flores-Macias/Kreps 2017). Dies scheint für Linke- und aktuelle SPD-Wähler*innen aber zu guten Teilen eher eine graduelle Abwägung zwischen «Solidarität», «Sicherheit» (s. u.) und zu schulternden individuellen Kosten zu sein als der eine ausschlaggebende Punkt. Dafür sprechen die kleineren Abweichungen bei der Beantwortung der Frage der Unterstützung in Abbildung 9.2 im Vergleich zur generellen «Unterstützung» der Ukraine (Gross et al. 2024).

Dass die Bundesrepublik «Solidarität» mit der Ukraine als vorgestelltem Ganzen oder den vom Krieg betroffenen Menschen übt, scheint für BSW-Wähler*innen im Wähler*innen-Potenzial der Linken gegenüber inländischen Problemen nachrangig zu sein.¹⁵ Sie fordern im Gegensatz zu den vorher Genannten tendenziell, dass «Deutschland [...] sich nicht um weltpolitische Fragen kümmern, sondern sich auf die Probleme im eigenen Land konzentrieren» sollte (Abb. 9.3).

Diese Forderung der «Solidarität mit» bzw. Priorisierung der inländischen oder auch eigenen finanziellen, sozialen und politischen Belange können verschiedene Motive zugrunde liegen. Sie könnte Ausdruck von wirtschaftlichen Sorgen, Nullsummendenden (Nachtwey 2024), Nationalismus oder aber auch antiimperialistischen Haltungen sein.¹⁶ Vor allem bei dieser letzten Frage lassen sich auch klassenspezifische Unterschiede ausmachen: Arbeiter*innen und schwächer einfache Angestellte priorisieren inländische Belange etwas stärker vor «weltpolitischen Fragen» im Vergleich zu höheren Angestellten.¹⁷

Eine transatlantisch ausgerichtete Außenpolitik betrachten potenzielle Linke-Wähler*innen durchaus skeptisch. Nur eine Minderheit befürwortet, dass Deutschland außenpolitisch «in Übereinstimmung mit den USA handeln» sollte (Abb. 9.4), bei gleichzeitig stark ausgeprägter Unentschiedenheit.

3.4.2 Rüstungspolitik:

Sicherheit als beidseitiger Triggerpunkt

Außenpolitische Haltungen unterscheiden sich in ihren Mustern deutlich von Haltungen zu verteidigungspolitischen bzw. Rüstungsfragen. Bei der Frage, ob «die deutschen Verteidigungsausgaben [...] in den nächsten Jahren erhöht werden» sollten oder nicht, finden

sich bei den potenziellen Wähler*innen der Linken zu etwa gleichen Teilen Aufrüstungsbefürworter*innen, -gegner*innen und Unentschiedene (Abb. 9.5). Öffentliche Umfragen zeigen darüber hinaus, dass nur 17 Prozent der Gesamtbevölkerung dafür plädieren, dass die Verteidigungsausgaben sinken sollen (11 % Grünen-, 7 % SPD-, 39 % BSW-Wähler*innen; Statista 2024b).

Während damit die Partei Die Linke bei genereller Aufrüstungskritik mit einem elektoralen Trade-off konfrontiert ist, scheinen (unilaterale) Abrüstungsforderungen damit eher eine potenzielle *Verlustposition für* Die Linke zu sein, die unter sonst gleichen Bedingungen weniger Wähler*innen anspricht und ein Grund für Wähler*innen ist, Die Linke nicht zu wählen. Das betrifft insbesondere viele aktuelle SPD- und Grünen-Wähler*innen. Nur Linke-Wähler*innen und etwas schwächer aktuelle BSW- sowie sonstige Wähler*innen lehnen in der (relativen) Mehrheit die (weitere) Erhöhung der Militärausgaben ab.

Dieser recht großen Akzeptanz steigender Rüstungsausgaben dürften Studien zufolge recht weit verbreitete Bedrohungswahrnehmungen zugrunde liegen. 68 Prozent der Bevölkerung, die Russland nunmehr als Gefahr für die nationale Sicherheit wahrnehmen, stimmen etwa auch eher laufenden Bundeswehreinmärschen im Baltikum zu, wie eine Studie zeigt (Graf et al. 2024). Das dürfte unmittelbar Folge der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 sein: Direkt nach dem Beginn der russischen Invasion ist die Befürwortung höherer Rüstungsausgaben in der Gesamtbevölkerung in etwa auf das aktuelle Niveau gestiegen (Mader/Schoen 2023).¹⁸

«Sicherheit» dürfte eine soziale und politische Grund Erwartung sein, deren Verletzung gerade in Zeiten des bedrohten Friedens ein wichtiger «Triggerpunkt» im engen Sinne ist (Mau et al. 2023). Die emotionale Aufladung des Themas und auch die Studie zum Wähler*innen-Potenzial der Linken von Mario Candeias (2022) legen nahe, dass dies tatsächlich ein wichtiger Grund dafür ist, Die Linke nicht zu wählen. Zumindest zum Teil könnten also auch potenzielle Wähler*innen der Linken Fragen der nationalen Sicherheit von der Partei Die Linke für unzureichend beantwortet halten. Dass im Wähler*innen-Potenzial der Linken *Mittelklassenangehörige* und nicht etwa Arbeiter*innen Aufrüstung kritischer sehen, spricht dafür, dass Verteilungskonflikte im Bewusstsein der Menschen in Rüstungsfragen weniger ausschlaggebend sind.¹⁹ Manche Rüstungsprojek-

¹⁵ Vgl. für diese Unterscheidung Solty 2024. ¹⁶ Für eine gewisse Relevanz, nationalistischem bzw. Nullsummendenden spricht hier, dass diese Haltungen nur im AfD-Elektorat noch ausgeprägter sind als unter BSW-Wähler*innen (nicht gezeigt). ¹⁷ Die Klassenspezifität nach beruflicher Stellung ist in der Haltung zu Waffenlieferungen nur gering ausgeprägt – sie findet sich aber in der Gesamtbevölkerung, wenn das Kriterium «verfügbares Einkommen» (nicht gezeigt) lautet, was ein Hinweis für die Wahrnehmung von Verteilungskonflikten ist. ¹⁸ Andere grundlegende außenpolitische Orientierungen haben sich im Gegensatz zur Frage der Verteidigungsausgaben dagegen kaum verändert. Das umfasst pazifistische Haltungen sowie Haltungen zum Multilateralismus, Isolationismus oder Atlantizismus (Mader/Schoen 2023). ¹⁹ Aufgrund fehlender weiterer Frageformulierungen kann dieser Punkt hier aber nicht abschließend geklärt werden.

te dürften aber unter umgekehrten Vorzeichen auch selbst «triggern», weil sie Bedrohungswahrnehmungen erhöhen. Dafür sprechen etwa die 49 Prozent der Bevölkerung, die die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ablehnen (n-tv.de 2024). Eine potenzielle Gewinnposition könnte schließlich die Forderung stärkerer diplomatischer Bemühungen im Ukrainekrieg sein, die im Jahr 2023 53 Prozent der

Gesamtbevölkerung befürworteten (Infratest dimap 2023).

Zuletzt dürfte auch die wahrnehmbare außenpolitische Vielstimmigkeit der Linken dazu beigetragen haben, dass zumindest Kritiker*innen der Waffenlieferungen unter Nicht- und BSW-Wähler*innen die Partei Die Linke nicht (mehr) wählen – auch weil das BSW gerade geschlossen auf diesem Feld mobilisiert.

4 FAZIT

Diese Studie hat das klassenspezifische Wahlverhalten in Bezug auf die Partei Die Linke im Zeitverlauf untersucht und die Haltungen potenzieller Linke-Wähler*innen zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Politikfeldern. Auf dieser Grundlage wurden potenzielle Gewinn- und Verlustpositionen sowie elektorale Trade-offs identifiziert (siehe Übersicht in Tab. 1), die wahlstrategische Implikationen haben.

Abschließend lassen sich einige generelle Punkte festhalten: Zunächst ist nicht ein Querschnitt der für linke Sozial- und Klassenpolitik empfänglichen Wähler*innen für die Wahl der Linken offen, sondern verstärkt diejenigen, die darüber hinaus auch in migrations-, klima- und rüstungspolitischen Belangen den Positionen der Partei Die Linke eher zustimmen. Auch nach der Abspaltung des BSW gibt es bei den potenziellen Wähler*innen der Linken – insbesondere entlang der aktuellen Parteipräferenz, teilweise und schwächer auch entlang von Klassenlagen – Meinungsverschiedenheiten, die sich allerdings nur auf Teilaspekte gesellschaftspolitischer Politikfelder beziehen. Damit gilt ein zentraler Befund der «Triggerpunkte» (Mau et al. 2023) auch für das Wähler*innen-Potenzial der Linken: Es gibt in allen Feldern Ansichten, auf die sich die meisten einigen können. Konflikthaft und triggernd sind dagegen bestimmte Teilfragen.

Wahlstrategisch beinhaltet das für die Partei Die Linke gute und schlechte Nachrichten. Einerseits gibt es für sie in allen Feldern *potenzielle Gewinnpositionen*: Mietenregulierung, Mindestlohn, Preisobergrenzen, die Besteuerung von Reichen, Fachkräftezuwanderung und Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, die grundsätzliche Notwendigkeit der Klimatransformation sowie verstärkte diplomatische Bemühungen für die Beendigung des Kriegs in der Ukraine werden auch von der großen Mehrheit der potenziellen Linke-Wähler*innen geteilt.

Andererseits hat Die Linke in der Vergangenheit aber auch *potenzielle Verlustpositionen* vertreten. Dazu gehört das im Grundsatzprogramm der Linken formulierte Ziel globaler Bewegungsfreiheit sowie ferner die Befürwortung eines generellen Abschiebestopps. Rüstungspolitisch betrifft dies (unilaterale) Abrüstungspositionen. Unabhängig von der aktuellen Parteipräferenz und der Klassenlage dürfte Die Linke so vielen für sie offenen Wähler*innen zumindest potenzielle Gründe geben, die Partei nicht zu wählen. Diese migrations- und außen- bzw. rüstungspolitischen Positionen berühren unter Bedingungen des aktuellen politischen Diskurses Triggerpunkte: Sie sind normativ und emotional aufgeladen und gerade Befürworter*innen einer restriktiveren Migrationspolitik sehen zurzeit Flucht und Zuwanderung als wichtiges politisches «Problem» an. Deshalb dürften diese Positionen derzeit tatsächlich unter vielen potenziellen Wähler*innen der Linken wichtige Nichtwahlgründe sein (Ausnahme: BSW in

der Rüstungspolitik). In diesen Verlustpositionen liegt damit ein Grund für die elektorale Krise der Linken auf der Meinungsebene.

In der Gesamtschau der elektoralen Trade-offs sitzt Die Linke zwischen den Stühlen, weil die derzeitigen Positionen der Linken aktuelle Wähler*innen jeweils unterschiedlicher Parteien teils ansprechen, teils aber auch nicht. Anders gesagt: Je nach aktueller Parteipräferenz haben potenzielle Linke-Wähler*innen jeweils anders gelagerte Gründe, die gegen die Wahl der Partei Die Linke sprechen. Grünen-Wähler*innen im Wähler*innen-Potenzial der Linken wären mit einer (teilweisen) Aufgabe der Opposition gegenüber Waffenlieferungen für die Ukraine und weniger generell aufrüstungskritischen Positionen bei einer gleichzeitig menschen- und asylrechtsbasierten Migrations- und einer entschiedeneren Klimapolitik eher zu erreichen. Dem konträr gegenüber stehen für Die Linke offene Nicht- und insbesondere BSW-Wähler*innen, die vor allem die genannten Waffenlieferungen kritischer beurteilen, Fluchtmigration beschränkt sehen wollen, kollektive und insbesondere individuelle klimapolitische Lasten ablehnen und das Thema nicht priorisieren sowie sich (im Falle von BSW-Wähler*innen) gegenüber Bürgergeldbezieher*innen abgrenzen. SPD-Wähler*innen stehen hier in gewisser Weise dazwischen. Viele werden aber die generelle Opposition gegenüber Waffenlieferungen und besonders die aufrüstungskritischen Positionen der Linken als Anlass nehmen, diese Partei nicht zu wählen. In diesen tendenziellen Positionsbündeln von Wähler*innen und der Partei Die Linke spiegelt sich ein weiterer Grund der elektoralen Krise der Linken auf der Meinungsebene.

Einige dieser elektoralen Trade-offs verlaufen in geringerer Ausprägung auch entlang von Klassenlagen bzw. der beruflichen Stellung. Arbeiter*innen und (an-)gelernte Angestellte im Wähler*innen-Potenzial der Linken sind tendenziell skeptischer gegenüber Fluchtmigration sowie gesamtwirtschaftlichen und individuellen Klimatransformationslasten eingestellt als höhere (Mittelklassen-)Angestellte, die für die Wahl der Linken offen sind. Auch grenzen sich Arbeiter*innen stärker gegenüber Bürgergeldbezieher*innen ab und sind etwas kritischer gegenüber Waffenlieferungen an die Ukraine, aber zugleich weniger aufrüstungskritisch als (an-)gelernte Angestellte und insbesondere höhere Angestellte.

Um unter den Bedingungen eines rechten Kulturkampfes Menschen in der Arbeiter*innenklasse in besonderem Maße (wieder) für die Linke zu gewinnen, wäre es daher förderlich, durch Ansprache und Schwerpunktsetzung ein Bild der Linken zu etablieren, in dem sie in diesen Fragen weniger nachteilhafte Triggerpunkte berührt. Darüber hinaus wäre dafür Studien zufolge hilfreich, wie viele Schwesterparteien der Linken Arbeiter*innen als solche (Robison et al. 2021)

anzusprechen. Der naheliegende Ansatzpunkt hierfür ist, dies mit dem Eintreten für ihre ökonomischen Klasseninteressen zu verbinden, und so zu versuchen, das real existierende Klassenbewusstsein von links zu re-politisieren (Westheuser/Lux 2024). Gerade Parteien, die Interessenpolitik mit Gruppenansprachen verbinden, überzeugen Wähler*innen messbar stärker von ihren Positionen (Huber et al. 2024) – man könnte allgemein sagen: Sie dringen stärker durch. Indem alle, die mit ihrer verrichteten Arbeit zum Gemeinwohl der Gesellschaft beitragen (wollen) als Arbeiter*innen aufgerufen werden, ließe sich auch der Neigung zum «nach unten Treten» gegen Bürgergeldbeziehende und Personen mit Migrationsgeschichte ein aus linker Sicht notwendiges inklusives Klassennarrativ entgegenseetzen. Die Betonung der Identität der Interessen dieser marginalisierten Fraktionen mit denen der Mehrheitsfraktionen der Arbeiter*innenklasse könnte zumindest längerfristig auch ein Ansatz sein, um potenziellen Trade-offs etwa in der Frage der Leistungen für Bürgergeldbezieher*innen entgegenzuwirken. Dabei müsste die maßgebliche Stoßrichtung sein, offensiv und mit Gegnerbezug für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Ausweitung kollektiver Rechte der Arbeiter*innenklasse gegen entgegenstehende Interessen zu streiten, und dies zu einem zentralen Bestandteil der politischen Kommunikation zu machen (vgl. auch Westheuser/Lux 2024: 6, 21 ff.).

Die Studie ist nicht frei von Limitationen. Dazu gehört etwa die in Kapitel 1.1 erwähnte suboptimale Operatio-

nalisation des Wähler*innen-Potenzials der Linken über die Parteibewertung. Auch sind trotz der vorgenommenen Gewichtung nicht-repräsentative Abweichungen vom tatsächlichen Wähler*innen-Potenzial der Linken in den Ergebnissen möglich.²⁰ Jenseits von politischen Einstellungen bzw. Positionen konnten andere Einflussfaktoren auf das Wähler*innenverhalten nur cursorisch diskutiert werden. In weiteren Studien wurde auch (noch) direkter analysiert, wie sehr Haltungen und positionelle Differenzen zur Linken tatsächlich in die letztliche Wahlentscheidung eingehen,²¹ welche Gruppen wie empfänglich für Unzufriedenheits-, Klassen- und populistische – das heißt elitenkritische oder volkszentristische²² – Ansprachen sein könnten und inwiefern elektorale Trade-offs hinsichtlich anderer sozialer Gruppen bestehen, etwa in Bezug auf Landesteil, Alter oder Geschlecht.

Dennoch liefert die Studie wichtige Erkenntnisse über klassenspezifisches Wahlverhalten gegenüber der Partei Die Linke. Sie zeigt mit einer Kartierung der Haltungen im Wähler*innen-Potenzial der Linken auf, dass die elektorale Krise der Linken auch in einer fehlenden Übereinstimmung ihrer Positionen mit den Haltungen jeweils unterschiedlicher potenzieller Wähler*innengruppen begründet ist. Eine Voraussetzung ihrer strukturellen Überwindung wäre es, Ansprachen und teils wohl auch Positionen zu entwickeln, die weniger verlustbehaftet sind und Haltungsmuster sowie das Alltagsbewusstsein von Zielgruppen besser ansprechen.

²⁰ Das dürfte am ehesten die Auswertungen auf Basis des GLES-Trackings betreffen sowie Einstellungen zu Klima- und Außen- bzw. Rüstungspolitik im GLES-Panel, weil auf diese nicht gewichtet werden konnte. Die Ergebnisse letzterer passen aber in etwa zu den Ergebnissen anderer Umfragen. ²¹ Hierfür lägen etwa multivariate Untersuchungen der «relativen elektoralen Verfügbarkeit» von Wähler*innen für Die Linke im Vergleich zur aktuell gewählten Partei (Lichtblau/Wagner 2019) nahe. Am wohl besten geeignet für die direkte Evaluierung elektoraler Trade-offs wären Surveyexperimente (Abou-Chadi et al. 2024). ²² Vgl. aber zur Effektivität populistischer Ansprachen zur Wahl auch der Linken die Studie von Kittel (2024).

Tabelle 1: Übersicht über potenzielle Gewinn- und Verlustpositionen sowie elektorale Trade-offs im Wähler*innen-Potenzial der Linken

	Sozialpolitik	Migrations- und Integrationspolitik	Klimapolitik	Außen- und Rüstungspolitik
Potenzielle Gewinnpositionen	Mindestlohn, Mietenregulierung, Reichensteuer (weniger stark: Nicht- und sonstige Wähler*innen), Deckelung der Energie- und Nahrungsmittelpreise (weniger stark: Grüne, SPD)	Arbeitsmarktintegration, Fachkräftezuwanderung	Der Klimawandel ist grundsätzlich besorgniserregend Die Bekämpfung des Klimawandels ist auch in Deutschland notwendig und sinnvoll (schwächer: BSW)	Stärkere diplomatische Anstrengungen im Ukrainekrieg
Potenzielle elektorale Trade-offs	Möglicherweise: Universelle substantielle Erhöhungen des Bürgergelds	Erleichterung von Zuwanderung für Flüchtlinge und Asylbewerber allgemein (höhere Zustimmung: Kriegsflüchtlinge, politisch Verfolgte)	Potenzielle Inkaufnahme gesamtwirtschaftlicher Lasten bzw. Einschränkungen	Waffenlieferungen an die Ukraine Aufrüstungskritik
Potenzielle Verlustpositionen		Zuwanderung aus wirtschaftlicher Not, offene Grenzen, Abschiebestopp	Inkaufnahme individueller Lasten: Gebäudeenergiegesetz (GEG), je nach Ausgestaltung ungerecht empfundene höhere Abgaben auf individuell genutzte fossile Energieträger	(Unilaterale) Abrüstung
Elemente des Alltagsbewusstseins (1. bis 3. Spalte in Anlehnung an Mau et al. 2023)	«Nach unten treten», Nullsummendanken gegenüber Bürgergeldbezieher*innen	Kriterien der Aufnahmebereitschaft: Bedürftigkeit, Ethnizität, berufliche Qualifikation Kriterien der Inklusionsbereitschaft: Integrationsbemühungen in kultureller (sprachlicher) und wirtschaftlicher Sicht (Erwerbstätigkeit) «nach unten Treten», Nullsummendanken gegenüber Zugezogenen	Hinnahme (ungerechter) individueller Lasten oder kollektiver Wohlstandseinbußen?	Solidarität mit wem? Ukraine? Mit vom Krieg Betroffenen? Priorisierung inländischer Belange? Was führt (nicht) zu mehr Sicherheit? Individuelle finanzielle Lasten
Sonstiges	Mindestlohn: Themenführerschaft (Issue-Owning) SPD	Im Rahmen des Anti-Migrations-Diskurses deutlich gesunkene Zustimmung zu liberalerer Flüchtlingspolitik im Allgemeinen im aktuellen Wähler*innen-Potenzial der Linken im Vergleich zu 2021	Wichtiges Problem vor allem für Grünen-, Linken-, sonstigen Wähler*innen – gesunken seit 2021	

LITERATUR

A

Abou-Chadi, Tarik/Häusermann, Silja/Mitteregger, Reto/Mosimann, Nadja/Wagner, Markus (2024): Trade-offs of social democratic party strategies in a pluralized issue space: a conjoint analysis [zur Veröffentlichung angenommenes Manuskript], <https://osf.io/y5vkvf>.

B

Braband, Carsten (2024): Auf der Suche nach den Linken-Wähler*innen, in: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Juli 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/linke-waehler-innen-potenzial/>.
Braband, Carsten/Candeias, Mario (2024): Nach der Trennung. Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des «Bündnis Sahra Wagenknecht» im Parteiensystem, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/1-24_Onl-Publ_BSW.pdf.

C

Candeias, Mario (2022): Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Studie_Eine_Partei_mit_Zukunft.pdf.
Candeias, Mario (2023): Hat Die Linke «die Arbeiter» verloren? Nein, eigentlich nicht. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Online-Studie 9/2023, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_9-23_DieLinke_Potenzial.pdf.

D

Damhuis, Koen (2020): Roads to the Radical Right: Understanding Different Forms of Electoral Support for Radical Right-Wing Parties in France and the Netherlands, Oxford.
Damhuis, Koen/Westheuser, Linus (2024): Cleavage Politics in Ordinary Reasoning: How Common Sense Divides, in: *European Societies* 26(4), S. 1195–1231.
Dawum.de (2024): Darstellung und Auswertung von Wahlumfragen, Lizenz: ODC-ODbL, <https://opendata-commons.org/licenses/odbl/1.0/>.
DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2024): Europa 2024: So haben Gewerkschafter*innen gewählt, 10.6.2024, www.dgb.de/aktuelles/news/europa-2024-so-haben-gewerkschafterinnen-gewaehlt/.
Dörre, Klaus (2019): Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen: 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik, in: Candeias, Mario/Dörre, Klaus/Goes, Thomas: *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik*. Beiträge zur Klassenanalyse 2, Berlin, S. 11–56.

Dörre, Klaus (2021): Ausschluss, Prekarität, (Unter-) Klasse – theoretische Konzepte und Perspektiven, in: Anhorn, Roland/Stehr, Johannes (Hrsg.): *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit*. Perspektiven kritischer sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 255–289.

E

Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/Faber, Linda/Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation, Forschungsbericht der BMBF-Nachwuchsgruppe «Mentalitäten im Fluss (flumen)», Jena.

F

Flores-Macías, Gustavo A./Kreps, Sarah E. (2017): Borrowing Support for War: The Effect of War Finance on Public Attitudes toward Conflict, in: *Journal of Conflict Resolution* 61(5), S. 997–1020.
Forschungsgruppe Wahlen (2021): Bundestagswahl 26. September 2021. SPD-Wahlsieg und CDU/CSU-Debakel, www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/Bund210927.pdf.
Forschungsgruppe Wahlen (2023): Politbarometer Oktober 2023, 20.10.2023, www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/Oktober_2023/.

G

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2017): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016, GESIS, Köln. ZA5250 Datenfile Version 2.1.0, <https://doi.org/10.4232/1.12796>.
Gleditsch, Kristian Skrede/Tago, Atsushi/Tanaka, Seiki (2019): Spurred by Threats or Afraid of War? A Survey Experiment on Costs of Conflict in Support for Military Action, in: *Peace Economics, Peace Science and Public Policy* 25(2), 20180023.
GLES (2020): GLES Querschnitt 2009–2017, Kumulation, GESIS, Köln. ZA6835 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13648>.
GLES (2023a): GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7702 Datenfile Version 2.1.0, <https://doi.org/10.4232/1.14170>.
GLES (2023b): GLES Panel 2016–2021, Wellen 1–21, GESIS, Köln. ZA6838 Datenfile Version 6.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14114>.
GLES (2024a): GLES Panel 2023, Welle 25, GESIS, Köln. ZA7731 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14242>.
GLES (2024b): GLES Panel 2024, Welle 26, GESIS, Köln. ZA7732 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14349>.

- GLÉS (2024c):** GLES Tracking März 2024, T57, GESIS, Köln. ZA7715 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14315>.
- GLÉS (2024d):** GLES Tracking Juni 2024, T58, GESIS, Köln. ZA7716 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14375>.
- GLÉS (2024e):** GLES Codierung des wichtigsten politischen Problems (2018–2023), GESIS, Köln. ZA7957 Datenfile Version 3.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14338>.
- Goes, Thomas (2024):** Hat der Ökosozialismus eine Basis?, in: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Februar 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/hat-der-oekosozialismus-eine-basis/>.
- Graf, Timo/Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko (2024):** From Reluctance to Reassurance: Explaining the Shift in the Germans' NATO Alliance Solidarity Following Russia's Invasion of Ukraine, in: *Contemporary Security Policy* 45(2), S. 298–330.
- Gross, Martin/Juen, Christina-Marie/Stecker, Christian (2024):** Bevölkerungsrepräsentative Vorwahlumfrage in Thüringen, Sachsen und Westdeutschland, 30.8.2024, <https://x.com/pluggedchristatus/1829391183312752917>.
- H**
- Häusermann, Silja (2020):** Social Democracy in Competition: Voting Propensities and Electoral Trade-offs, Working Paper, http://siljahaeusermann.org/wp-content/uploads/2021/02/2020_socialdemocracy-incompetitionoverlaps.pdf.
- Heuer, Jan-Ocko/Lux, Thomas/Mau, Steffen/Zimmermann, Katharina (2020):** Legitimizing Inequality: The Moral Repertoires of Meritocracy in Four Countries, in: *Comparative Sociology* 19(4–5), S. 542–584.
- Huber, Lena Maria/Meyer, Thomas M./Wagner, Markus (2024):** Social Group Appeals in Party Rhetoric: Effects on Policy Support and Polarization, in: *The Journal of Politics*, Mai, Online First, <https://doi.org/10.1086/729946>.
- I**
- Infratest dimap (2023):** ARD DeutschlandTREND März 2023. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/maerz/.
- K**
- Kaiser, Simon (2018):** OESCH: Stata module to recode ISCO codes into Oesch class scheme, <https://ideas.repec.org/c/boc/bocode/s458490.html>.
- Kittel, Rebecca C. (2024):** Let's Talk Populist? A Survey Experiment on Effects of (Non-) Populist Discourse on Vote Choice, in: *European Journal of Political Research*, Juli, Online First, <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12710>.
- Kriner, Douglas/Lechase, Breanna/Zielinski, Rosella Cappella (2018):** Self-Interest, Partisanship, and the Conditional Influence of Taxation on Support for War in the USA, in: *Conflict Management and Peace Science* 35(1), S. 43–64.
- Kustov, Alexander (2023):** Do Anti-Immigration Voters Care More? Documenting the Issue Importance Asymmetry of Immigration Attitudes, in: *British Journal of Political Science* 53(2), S. 796–805.
- L**
- Lichteblau, Josephine/Wagner, Aiko (2019):** Zweite Wahl mit Potential? Die Struktur des politischen Wähler_innenwettbewerbs von Union und SPD im Vergleich, Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/15838.pdf>.
- M**
- Mader, Matthias/Schoen, Harald (2023):** No Zeitenwende (yet): Early Assessment of German Public Opinion Toward Foreign and Defense Policy After Russia's Invasion of Ukraine, in: *Politische Vierteljahresschrift* 64(3), S. 525–547.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023):** Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sarah (2019):** Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme – Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive, in: *WSI-Mitteilungen* 72(3), S. 177–184.
- N**
- Nachtwey, Oliver (2024):** Die Trigger-Partei, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.9.2024, www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-unheimliche-erfolgedes-bsw-und-das-phaenomen-sahra-wagenknecht-19952350.html.
- n-tv.de (2024):** Knappe Mehrheit ist gegen neue US-Raketen in Deutschland, 31.7.2024, www.n-tv.de/politik/Knappe-Mehrheit-ist-gegen-neue-US-Raketen-in-Deutschland-article25122507.html.
- O**
- Oesch, Daniel (2006):** Coming to grips with a changing class structure: An analysis of employment stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, in: *International Sociology* 21(2), S. 263–288.
- R**
- Robison, Joshua/Stubager, Rune/Thau, Mads/Tilley, James (2021):** Does Class-Based Campaigning Work? How Working Class Appeals Attract and Polarize Voters, in: *Comparative Political Studies* 54(5), S. 723–752.

S

Schmidt, Katja (2021): The Dynamics of Attitudes toward Immigrants: Cohort Analyses for Western EU Member States, in: *International Journal of Comparative Sociology* 62(4), S. 281–310.

Solty, Ingar (2024): What does «Solidarity with Ukraine» mean?, www.rosalux.de/en/news/id/52453/what-does-solidarity-with-ukraine-mean.

Statista – Statista.de (2024a): Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Deutschland, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?, September 2024, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28353/umfrage/wichtigste-von-der-politik-zu-loesende-probleme-in-deutschland/>.

Statista – Statista.de (2024b): Sollten die Verteidigungsausgaben Deutschlands in den nächsten Jahren auf diesem Niveau bleiben, sollten die Verteidigungsausgaben noch weiter steigen oder sollten sie sinken?, 22.2.2024, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1452114/umfrage/umfrage-zur-hoehe-der-verteidigungsausgaben-in-deutschland/>.

V

Van der Eijk, Cees/Marsh, Michael (2007): Don't expect me to vote for you just because I like you, even if you do make me feel warm inside: a comparison of the validity of non-ipsative measures of party support, Vortrag auf dem Annual Meeting of the American Political Science Association, Chicago, 29.8.–1.9.2007, <https://nottingham-repository.worktribe.com/output/704212>.

Van Oorschot, Wim (2006): Making the Difference in Social Europe: Deservingness Perceptions among Citizens of European Welfare States, in: *Journal of European Social Policy* 16(1), S. 23–42.

W

Wagner, Paulus (2022): Varieties of Laborism. Social Inclusion and Exclusion in Working-Class Visions of the Political Economy, in: *Totalitarismus und Demokratie* 19(1), S. 127–154.

Waitkus, Nora (2023): Ungleicher Besitz. Perspektiven einer klassensoziologischen Untersuchung von Vermögen, in: *Berliner Journal für Soziologie* 33(1–2), S. 99–135.

Westheuser, Linus/Lux, Thomas (2024): Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass? Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21455.pdf>.

Wurthmann, Constantin L. (2024): In Deutschland verschiebt sich etwas mit Blick auf Abschiebungen, Migration und Schutz der EU-Außengrenzen, X-Post, 12.9.2024, https://x.com/cw_powi/status/1834260828008100155.

